



FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 113, März/1 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit», gilt absolut weltweit für jeden Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters.

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Aussagen und Meinungen in Artikeln und Leserbriefen usw. müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens» sowie dem Missionsgut der FIGU.

=====

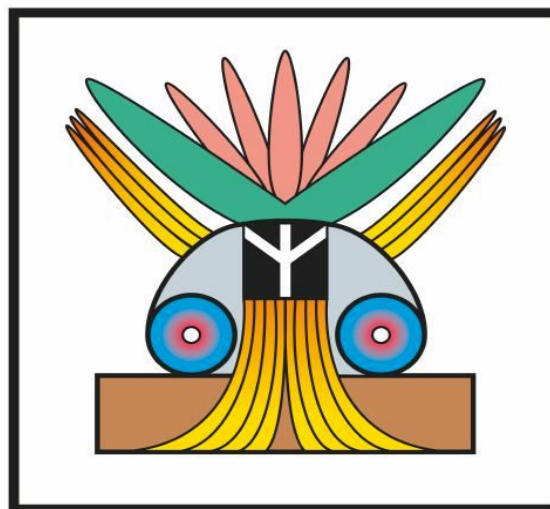
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserte Wünsche aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Universelles Symbol für

FRIEDEN

PEACE
PAZ
EIPHNH
BARIŞ
MMP
Amani
vrede
pokój



PAIX
PACE
Fred
פּרִידוֹן
سلام
صلح
שלום
和平

Cbit Béke शान्ति

Auszüge aus dem 712. offiziellen Kontaktgespräch vom 16. Oktober 2018

Billy Zu sagen ist aber, dass durch die Machenschaften der Überbevölkerung ja das Klima in Aufruhr und zum Wandel gebracht worden ist, woraus künftig und gar weltweit noch viele weitere und schlimmere Katastrophen folgen werden als die, die sich durch die Waldbrände ergeben hat. Je grösser und umfangreicher nämlich die Überbevölkerung wird, desto schlimmer reagiert die Natur darauf mit Unwettern und Naturkatastrophen, denn noch immer hat die irdische Menschheit nicht begriffen, dass sie infolge der wachsenden Menschheit die Schuld daran trägt und durch ihre eingreifenden Machenschaften in die Natur diese laufend mehr und gefährlicher in Aufruhr bringt. Und der Hammer ist dabei, dass noch behauptet wird, dass keinerlei Machenschaften auf die wahnsinnismässig angewachsene Weltbevölkerung zurückführen würden, weil alle diesbezüglichen Manipulationen, Winkelzüge, Manöver, Praktiken und sonstigen Machenschaftsumtriebe in bezug auf die Unterwanderung der Naturgesetze nichts mit den Manipulationen hinsichtlich der Atmosphäre-, Klima-, Natur- und deren Fauna- und Florazerstörung zu tun hätten. Damit hat es sich aber nicht, denn es ist noch viel anderes, das gesagt werden muss und das ich heute aufgreifen und klarlegen will, wozu ich dann zu dem, was ich zu sagen habe, auch ein Überbevölkerungssujet beifügen will, das mir Achim Wolf <gebeamt> hat.

Überbevölkerung

zieht unzählige Probleme hinter sich her, die mit steigender Anzahl Menschen immer unlösbarer werden:

Kriege, Hungersnöte, Unruhen, Aufstände,
Umweltvernichtung, Klimakatastrophe, urweltliche
Unwetter, Unmenschlichkeit, Folter, Todesstrafe,
Verdummung und Verrohung der Menschen und vieles,
vieles mehr.



**Lösung: Wir brauchen weltweite
Geburtenregelungen!**

Was nun jedoch das dritte Jahrtausend der Menschheit der Erde bringt, das kann umfassend vorausgesagt werden, denn nun ist nichts mehr an dem zu ändern, was sich zwangsläufig zukünftig durch die Folgen der überbordenden Überbevölkerung und deren Machenschaften ergeben wird. Und dies, weil sich die Menschheit der Erde nicht der Wahrheit der Schöpfung und ihren Gesetzen und Geboten resp. Empfehlungen zuwendet, sondern weiterhin auf einem Weg der Zerstörung einhergeht und das Gute, Bessere und Richtige mit Füßen tritt. Die gesamte Menschheit befolgt in keiner Weise die Regeln des Lebens, wie diese in den schöpferischen Gesetzen existieren und die in der Natur gesehen, erfasst und erkannt werden können, folglich sie auch bedacht und durch Vernunft und Verstand nachvollzogen und also erfüllt werden könnten, wofür sich aber kaum ein Erdling interessiert. Und dies nur darum, weil lieber ein verantwortungsloses Lotterleben geführt wird, das auf Vergnügen, Selbstsucht, Egoismus, Geldscheffeln, Religionsglaubenswahn und Selbstherrlichkeit, wie auch auf Feindschaft, Hass, Missachtung und Gleichgültigkeit sowie Abgunst usw. gegenüber den/dem Nächsten basiert. Meinungsverschiedenheiten usw. gehörten bei den Menschen der

Erde schon lange zur täglichen Unordnung, folglich in bezug auf Frieden und Freiheit kein Konsens gefunden werden kann. Das absolute Gros der Menschheit wird von einer vielumfassenden zerstörenden Gleichgültigkeit beherrscht, insbesondere in bezug auf die Mitmenschen, die Natur und deren Fauna und Flora, wie aber auch das Leben, die Lebensführung und die gesamte Lebensgesinnung allgemein gesehen. Daraus resultiert auch, dass nicht über das kriminelle Wachstum der Erdbevölkerung nachgedacht wird und die grosse Masse der irren Meinung ist, dass die Erde, deren Natur, die Atmosphäre und das Klima sowie alles Leben weiter funktionieren und weiterbestehen werde, wenn weiterhin massenweise Nachkommen gezeugt und in die Welt gestellt werden. Es wird auch in keiner Weise bedacht, dass durch das Bevölkerungswachstum der Lebensmittelbedarf – in heutiger Zeit wächst die Menschheit pro Jahr um rund 110 Millionen; entgegen den Lügenstatistiken der Weltbevölkerungszähler – immer grösser wird. Bereits ist es seit Jahrzehnten so, dass z.B. China ihre z.Z. rund 1,4 Milliarden umfassende Bevölkerung nicht mehr durch einen Nahrungsanbau im eigenen Land ernähren kann, folglich für den Anbau von na-

türlichen Nahrungsmitteln in Afrika, Südamerika, Europa und allüberall Ländereien oder auch Nahrungsmittelherstellungskonzerne aufgekauft oder gepachtet werden müssen, um die chinesische Bevölkerung ernähren zu können. Auch Indien hat das gleiche Problem mit ihrer z.Z. auch 1,37 Milliarden-Bevölkerung. Und dies nebst allen anderen Ländern der Erde, die in der Regel ebenfalls alle überbevölkert sind, und zwar auch die Schweiz, die heute im Jahr 2018 rund 8,64 Millionen umfasst und also seit 1951 in nur 67 Jahren von 4,6 Millionen um mehr als 4 Millionen gewachsen ist. Und dass dabei von den Statistikern usw. rabenschwarz und gewissenlos dahergelogen wird, dass die Weltbevölkerung abnehme und es allgemein immer weniger Geburten gebe, das haut dem Fass aller Lügen nicht nur den Deckel hoch, sondern auch den Boden aus. Und dass auch mit der sogenannten Welt-Bevölkerungsuhr alles falsch berechnet wird, das wird auch nicht in Betracht gezogen, denn wie käme es sonst, dass diese falsch eingestellte Menschheitszähluhr die Weltbevölkerung im Oktober 2018 mit nur 7,63 Milliarden Menschen errechnete, während die plejarischen exakt-genauen Apparaturen jeden einzelnen Erdling individuell auf-führen und äusserst präzise und unumstössliche Angaben machen, die am 31. Dezember 2017 um Mitternacht eine äusserst einwandfrei stimmende Anzahl von 8 Milliarden, 844 Millionen, 128 Tausend und 2 Erdenmenschen auswiesen. Dass aber gemäss dieser effektiven Tatsache pathologisch resp. krankhaft dumm von der UNO für den Zeitraum 2015 bis 2020 ein Weltbevölkerungswachstum von und rund 78 Millionen Menschen pro Jahr berechnet wird, obwohl in Wahrheit schon seit Jahren pro Jahr rund 110 Millionen neue Nachkommen in die Welt gesetzt werden, das entspricht mehr als nur einer bösartigen Lüge, Irreführung und Verblödung gegenüber der Menschheit. Oder vielleicht ist es so, dass in bezug auf die Realitätserkennung jener, welche diesen horrend-idiotischen und katastrophal primitiv-dummen Schwachsinn behaupten, der Verstand, die Vernunft und Intelligenz derart minimal sind, dass diese nicht einmal dazu ausreichen, um zwischen schwarz und weiss unterscheiden zu können. Und dass die Vereinten Nationen gar bis 2050 nur eine etwa 9,7 Milliarden umfassende Erdbevölkerung auf dem Globus erwarten, das ist wohl die letzte Schwachsinn-Prognose und menschheitsverblödende, irre und lügnerische Behauptung, die ein vernünftiger Mensch gerade noch mit ungeheurer Mühe und Not ertragen kann, ohne dass er gleich verrückt wird und den Hund samt sich selbst in der Pfanne braten will. Besässen diese Schwachsinnigen auch nur ein Jota Verstand, Vernunft und Intelligenz, dann würde ihnen in ihren leeren Gehirnen dämmern, dass seit dem 31. Dezember 1950 von einer Erdbevölkerung von damals 2'784'382'444 Menschen diese bis um Mitternacht am Dienstag, den 31. Dezember 2018 in nur 68 Jahren auf 8'953'851'418 Menschen angestiegen ist, was für das Jahr 2018 einem Zuwachs von 109 Millionen 723 Tausend 416 Erdenmenschen entspricht. Dies entgegen der Lügenbehauptung, dass jährlich nur 76 weitere Millionen dazukommen würden. Und wenn ich folgende Daten herbeiziehe, die ich kürzlich aus dem Internetz genommen habe, dann muss ich sagen, dass diese Behauptungen, Lügen, Berechnungen und Vermutungen zum Himmel stinken:

Internetzauszüge: Sinkende Geburtenraten

Doch die Entwicklung ist zum Glück nicht ungebremst: Ganz allmählich sinken die Geburtenraten. Bekam eine Frau um 1950 im weltweiten Durchschnitt fünf Kinder, waren es zwischen 1990 und 1995 durchschnittlich noch drei, so sind es heute nur noch 2,5 Kinder. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Geburtenrate bis zum Ende des Jahrhunderts auf zwei Kinder pro Frau sinken könnte. Dann wäre die sogenannte "Erhaltungsrage" und damit ein Umkehrpunkt erreicht: Sinkt die Geburtenrate wie erwartet noch unter diesen Wert, wird die Weltbevölkerung langsam wieder abnehmen.

20 Milliarden Menschen bis zum Ende des Jahrhunderts? 11. Juli - Weltbevölkerungstag

Am 11. Juli 1987 gab es fünf Milliarden Menschen auf der Erde. Das nahmen die Vereinten Nationen zum Anlass, den Internationalen Weltbevölkerungstag einzuführen. Nicht aus Freude, sondern um das weitere Wachstum möglichst zu bremsen. (Anm. Billy: Erdbevölkerung Mitte Jahr 1987 gemäss Plejarenangaben: 5 149 979 380)

Weltbevölkerungsuhr: Wie viele Menschen gibt es jetzt? [dsw.org]

Schon seit der ersten Jahreshälfte 2018 leben mehr als 7,6 Milliarden Menschen auf der Erde – um die Hälfte mehr als nur dreißig Jahre zuvor. Ginge dieses Wachstum völlig ungebremst weiter, würde es schon bald sehr eng auf unserem Planeten: Bei völlig unveränderter Entwicklung könnten es bis zum Jahr 2100 rund zwanzig Milliarden Menschen sein.

Bevölkerungs-Prognose bis 2100

Doch bis es soweit ist, wächst die Weltbevölkerung erst einmal noch deutlich an: Im Jahr 2055 leben voraussichtlich schon zehn Milliarden Menschen auf der Welt, bis 2100 werden es 11,2 Milliarden sein. Bei einer halbwegs günstigen Entwicklung der Geburtenrate. Bleibt diese jedoch bei den heutigen 2,5 Kindern pro Frau, müssen 16,6 Milliarden Menschen Platz finden.

Nun, soweit also das, dann aber folgendes:

- 1) Die weltweit <sinkende> Geburtenzahl entspricht ebenso einer unverschämten Lüge wie auch die aufgeführte Anzahl der irdischen Menschheit, die zur gegenwärtigen Zeit nur 7 Milliarden und 630 Millionen sowie einige <Verquetschte>, wie auch die Erdbevölkerung im Jahr 2055 nur 11,2 Milliarden und im Jahr 2100 nur 16,6 Milliarden Menschen betragen soll. Tatsache beim ganzen Lügenprozess ist nämlich, dass die Weltbevölkerungslügner weder die Weltbevölkerung zählen, noch sie richtig schätzen können, weil sie nämlich beim Ganzen nur hypothetisch vorgehen und also idiotische Annahmen erstellen, weil sie nicht über die Möglichkeit plejarischer Technik verfügen, durch die sie jedes einzelne Individuum selbst im letzten versteckten Winkel der Erde erfassen könnten.
- 2) Und was weiter dazu zu sagen ist, das bezieht sich auf die Tatsache, dass von all den <intelligenten> und in Wirklichkeit dumm-verlogenen Daherfaslern und Daherphantasierenden der Weltbevölkerungszähler in bezug auf das Wachstum der Erdbevölkerung überhaupt nicht in Betracht gezogen wird, dass alle jene Verrücktheiten und Machenschaften, die weiterhin aus dem endlosen Zuwachs der globalen Überbevölkerung hervorgehen, gesamthaft alles immer schlimmer werden lassen. Dies wie z.B. in der Weise, dass jedes Jahr von der Menschheit zwangsläufig rund – oder mehr als – 100 Millionen weibliche und männliche junge Erdlinge zeugungsfähig werden, wovon viele – ebenso zwangsläufig, weil es ja natürlich und von der Natur vorgegeben ist – Nachkommen <basteln>, wie das auch Zigmillionen andere weiter tun, obwohl sie bereits schon genügend Nachkommen in die Welt gesetzt haben. Viele wollen einfach vernunftlos ihre Familien <erweitern>, Familien gründen oder dumm-blöd-unbedacht ihre Kinderwünsche erfüllen; oder weiss der Deibel warum, einfach nicht verhüten – dies aus irgendwelchen fadenscheinigen oder völlig idiotischen Gründen, wie z.B. infolge religiösen Wahnglaubens usw. hinsichtlich der Lügenphantasiechronik Bibel. In dieser wird das Schwachsinngebot im 1. Mose 9:1 daherphantasiert, dass der von einem irr-verrückten Erdling erdachte resp. erfundene imaginäre <Jahwe> resp. Gott zu Noah und seinen Söhnen gesagt und sie mit den Worten gesegnet haben soll: <Seid fruchtbar und mehret euch und erfüllt die Erde.> Und dieses <Gehet hin und vermehret euch> wurde seither und wird noch immer in aller Welt ernstgenommen und hat zumindest in bezug auf die Ausführung in allen Religionen Einlass und Ausübung gefunden, und zwar bei allen Gläubigen, die keinen direkten oder indirekten Bezug zum hebräisch-jüdischen Religionsbuch <Tanach> haben, in dem sich der Gottesname als selbständiges Wort aus den hebräischen Konsonanten Jod, He, Waw bildet. Es ergibt, und zwar von rechts nach links gelesen durch das Tetragramm <JHWH> was damit den weitaus häufigsten biblischen Eigennamen darstellt. (Anm. Tetragramm = Vierfachzeichen: Bezeichnung für die vier hebräischen Konsonanten J-H-W-H des Gottesnamens Jahwe als Sinnbild Gottes, das auch zur Abwehr von Bösem gilt.)
- 3) Weiter ist in bezug auf die Überbevölkerung die Todesfallrate der natürlich oder durch verbrecherische sowie kriegerische Machenschaften sterbenden Menschen zu betrachten, was aber hinsichtlich einer Bevölkerungsreduzierung den Braten auch nicht <feiss> (fett) macht, denn die natürliche Regelung ist fraglos, weil logischerweise im Normalfall das diesbezügliche Naturgesetz dafür zuständig ist und auch so wirkt, dass das Verhältnis zwischen Sterben und Leben im ausgleichenden Rahmen gehalten wird. Dadurch aber, weil die Zeugung von Nachkommen im Übermass betrieben wird, steigert sich die <Produktion> resp. die Anzahl der Nachkommenschaft immens über das Normale hinaus, folgedem die gesamte übermässig ansteigende Überbevölkerungsmasse die normale Sterberate bei weitem in sehr hohem Mass übertrifft und diese immer weiter und prekärer in die Höhe treibt. Und dabei spielt der Faktor der fortschrittlichen Medizin eine ausnehmend grosse Rolle, weil durch diese die natürliche Sterberate immer mehr reduziert wird und die Menschen von ansonsten tödlichen Krankheiten und Gebrechen geheilt werden, wie sie auch durch lebenserhaltende Trans- resp. Implantate resp. dem Körper eingepflanzte Gewebe, Organe, Organteile oder andere Materialien, wie auch mikroelektronische Geräte, die im Körper bestimmte Funktionen übernehmen, immer länger am Leben erhalten werden. Folgedem wird die natürliche Sterberate, wie auch die Sterbemasse, die sich durch Kriege, Terrorakte und andere bei der Menschheit auftretende Verbrechen ergibt, durch die katastrophal weiter ansteigende und immer länger am Leben gehaltene Überbevölkerung weit und immer weiter unterschritten, wodurch die Erdbevölkerung unaufhaltsam überbordend wächst und daraus mehr und grössere und katastrophalere Probleme entstehen, die nicht mehr bewältigt werden können.
- 4) Durch die Masse der Erdbevölkerung wird der einzelne Mensch gegen den Nächsten immer gleichgültiger und beziehungsloser, denn wie die Masse selbst, wird der einzelne Erdling zu einem

anonymen Ding und zur Nichtexistenz gegenüber dem Nächsten und den Mitmenschen allgemein, weil er selbst seine eigene Individualität verliert und keine persönliche Ehre mehr besitzen wird, sondern nur noch ein Schatten seiner selbst ist, wie auch nichts mehr als ein <seelenloser> Roboter sein wird.

- 5) Durch die weiter ansteigende Überbevölkerung entstehen immer neue daraus hervorgehende ruiniöse Machenschaften vielfältiger Art in bezug auf die Natur, deren Fauna und Flora und für die Erde selbst, wobei diese Manipulationen, Winkelzüge, Manöver und Praktiken alle erdenklich möglichen Bedürfnisse, Wünsche und das Luxusstreben der stetig wachsenden Masse Erdlinge befriedigen sollen. Insbesondere fallen diesbezüglich die Ausbeutungen der Erdressourcen ins Gewicht, durch die der Planet ausgehöhlt und letztendlich gefährlich in seiner Rotation gestört wird. Diese Machenschaften beziehen sich ganz besonders auf das Exploitieren resp. Ausplündern des Erdpetroleums zur Herstellung von Treibstoffen für den schon längst überhandgenommenen Motorfahrzeugverkehr, der schon lange eine Norm erreicht hat, die nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden kann, sondern sich immer mehr erweitert, prekärer wird und letztendlich nicht mehr bewältigt werden kann.
- 6) Die unaufhaltsam weiter ansteigende Überbevölkerung erfordert durch das in dieser Beziehung rasant steigende Verkehrsaufkommen jeder Art immer mehr Strassen, Erweiterungen von Flughäfen, Eisenbahn- und Strassenbahnlinien, wie auch die damit im Zusammenhang stehenden Fahrzeuge, Flugzeuge, Eisenbahnen und Strassenbahnen usw., wobei aber durch die wachsende Überbevölkerung je länger, je mehr überhaupt nichts mehr bewältigt werden kann. Folgedem sind schon seit vielen Jahren die Strassen vollgestopft mit Automobilen, Autobussen, Lastkraftwagen, Motorrädern, Traktoren und allerlei anderen Motorvehikeln, die CO₂ ausstossen und damit die Atmosphäre verpesten und vergiften, zum Schaden der Gesundheit der Menschen sowie der gesamten Natur und deren Fauna und Flora. Die Eisenbahnlinien sind überlastet mit Zügen, Strassenbahnen und Trams, und auch der Himmel resp. der Luftraum ist schon weitgehend mit Flugzeugen überlastet – ein gefährlicher Verkehrsweg, der zudem durch den CO₂-Ausstoss die ganzen Schadstoffe weitum in der Atmosphäre verbreitet. Aber auch die Meere werden mit Schiffen aller Art überschwemmt, durch die ungeheure Massen Abgase ausgestossen und die Luft und Atmosphäre mit CO₂ verpestet werden, und zwar speziell durch grosse Fracht- und Passagierschiffe, die, mit Schweröl betrieben ungeheure Dreckschleudern sind. Dies nebst dem, dass verantwortungslose Kapitäne und Schiffsbesatzungen massenweise dreckiges Öl verkappen und sonst allerlei Dreck in die Meere werfen, wodurch diese zu stinkenden und giftigen Müllgewässern werden und die Meereslebewesen erkranken, dadurch elend krepieren oder, wenn Fischer sie fangen, dann in den Handel bringen und sie von den Menschen als Lebensmittel genutzt, diese krank und u.U. daran sterben werden.
- 7) Weiter gehört dazu auch der Abbau von Edelmetalle und sehr teuren <seltenen Erden>, speziell aber der Raubbau hinsichtlich aller Edelmetalle und Erze, ohne die es weder Fahrzeuge noch Elektronik, Werkzeuge, chirurgische Instrumente, Arbeitsmaschinen, Hartgeld, Brücken, Häuser und sonstige Gebäude und Bauten aller Art, Spielzeuge, Musikinstrumente, Transportbahnen aller Art, Draht und Stahlseile sowie zahllose andere Dinge und Produkte gäbe. All dies sind menschliche Errungenschaften, die in der modernen Welt nicht mehr wegzudenken sind und bei deren Fehlen die Menschheit, wenn nicht gerade in die Erstzeit des Grunzens und Jaulens, doch derart weit zurückgeworfen würde, dass sie in primitivster Weise von Grund auf völlig neu beginnen müsste.
- 8) Die gesamte Natur, deren Fauna und Flora und auch die Menschheit selbst, werden durch die immer krasser werdenden Machenschaften und Manipulationen der katastrophal weiter anwachsenden Überbevölkerung in bezug auf die Gesundheit, die Atmung, das Wohlergehen, die Lebensfähigkeit und den notwendigen freien Lebensraum immer mehr beeinträchtigt. Dies darum, weil alle Voraussetzungen für eine gesunde Lebensmöglichkeit fehlen stetig mehr und radikaler von Grund auf zerstört und letztendlich gar irreparabel vernichtet werden.

Fortsetzung im Zeitzeichen Nr. 114, Mai/2 2019

Frage und Antwort

Fragen kann man immer
und alles, wenn man die
Antwort nicht scheut.

Langenzिंगgen, Höragenwald,
Bülach, 3. Februar 1943, Eduard

Selbstmord: Poroschenko droht mit Krieg gegen Russland nach eigener Provokation

Philipos Moustaki. Sott.net Mi, 28 Nov 2018 09:32 UTC

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat es tatsächlich gewagt, der ukrainischen Bevölkerung einen bevorstehenden Krieg mit Russland schmackhaft zu machen. Dies tat er als Reaktion auf die von ihm selbst und seinen Regierungsmitgliedern initiierte Provokation in der Straße von Kertsch, nachdem er auf dieser Basis bereits das Kriegsrecht verhängt hat.



Poroschenko

In einem grandiosen Schauspiel [der Gewissenlosigkeit](#) sieht Poroschenko keinerlei Grund dafür, sich für seine dreisten Lügen und Provokationen verantwortlich zu zeigen. Stattdessen nutzt er diesen Vorfall, um Russland dafür die Schuld in die Schuhe zu schieben und der Bevölkerung einen Krieg mit Russland als sinnvoll und gerechtfertigt zu verkaufen.

Poroschenko zufolge wird diese Gefahr von Geheimdaten bestätigt, wonach angeblich russische Militärtechnik verstärkt nahe der ukrainischen Grenze präsent ist.

"Ich möchte nicht, dass jemand denkt, dass es nur eine Kleinigkeit ist. Dem Land droht ein großangelegter Krieg mit der Russischen Föderation", zitiert ihn sein Pressedienst.

~ Sputnik

Um diese irrsinnige Logik der Bevölkerung näher zu bringen, schreckt Poroschenko auch nicht davor zurück, Satellitenbilder von Militäreinheiten innerhalb Russlands Grenzen als "Beweis" für eine unmittelbar bevorstehende Invasion in die Ukraine zu präsentieren:

Der ukrainische Staatschef demonstrierte zudem im September und Oktober aufgenommene Satellitenbilder. Diese sollen eine russische Militärbasis zeigen, die 18 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt ist.

"Wie Sie sehen, hat sich die Anzahl der Panzer in den Stützpunkten entlang unserer Grenze verdreifacht. Warum wurden sie dorthin verlegt? Die Anzahl der Einheiten, die auf der gesamten Länge unserer Grenze wieder eingesetzt wurden, ist dramatisch gestiegen. Die Position zu möglichen Übungen rechtfertigt dieses Wachstum in keiner Weise", erörterte Poroschenko.

Er wies darauf hin, dass die Panzer nach dem Zwischenfall in der Straße von Kertsch nicht vom Stützpunkt abgezogen wurden.

"Nach dem Vorfall im Asowschen Meer sollten wir den ukrainischen Streitkräften im Falle einer großflächigen Bodeninvasion Widerstandsfähigkeit bieten. Denn diese Panzer wurden noch nicht abgezogen, sie bleiben dort", so der ukrainische Staatschef.

~ Sputnik

Poroschenko und seinen Putsch-Kompagnons in Kiew sollte mal jemand den Unterschied zwischen Aktion und Reaktion erklären. Aus Russlands Sicht ist es vollkommen richtig und wichtig, auf diese Provokationen mit mehr Militär an den Grenzen zu der Ukraine zu REAGIEREN. Poroschenko und Co.

präsentieren sich also als Opfer, obwohl sie in Wirklichkeit die Aggressoren sind und beschuldigen Russland dann der "Aggression", wenn das Land sich gegen diese aggressiven Provokationen verteidigt und sich auf die Eventualität weiterer Verletzungen des internationalen Rechts seitens der Ukrainer vorbereitet.

Das schiere Ausmaß dieses wahnsinnigen Versuches der Ukrainer, Russland in einen Krieg mit ihrem Land zu stürzen, sollte zu denken geben. Die Ukraine ist sowohl strategisch als auch militärisch Russland in einer Größenordnung unterlegen, die man schwer in Worte fassen kann. Poroschenko und Co. wollen also auch weiterhin der ukrainischen Bevölkerung den sicheren Selbstmord schmackhaft machen.

Als weiteren "Beweis" für seine These der russischen Aggression/Provokation präsentierte Poroschenko folgendes Detail:

Darüber hinaus erwähnte er Daten, die darauf verweisen sollen, dass die russischen Seesoldaten von ihrem Kommando den Schießbefehl erhalten hätten. Dies bezeichnete Poroschenko als "Lizenz zum Töten".

~ Sputnik

Auch hier verwechselt er wieder Reaktion mit Aggression. Den Schießbefehl zu erhalten, NACHDEM drei ukrainische Militärschiffe die Grenze zu Russland WEIT ÜBERTRETEN haben, ist eine natürliche, richtige und vollkommen gerechtfertigte Reaktion Russlands auf diese Aggression. Jedes Land der Welt würde ganz zu Recht ebenso reagieren.

Und wieder zeigt sich, dass die Russen unter der Führung von Wladimir Putins ein unglaubliches Ausmaß an Geduld und rationaler Weitsicht an den Tag legen, die auf Deeskalation und Frieden beruht. Man stelle sich vor, jemand wie Stalin wäre in Russland an der Macht und wie solch eine Regierung bereits vor Jahren auf die unzähligen Provokationen dieser Art aus der gesamten westlichen "Wertegemeinschaft" reagiert hätte.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats, Konstantin Kossatschjow, beteuerte gegenüber Sputnik, Russland werde alles Mögliche tun, um einen Krieg mit der Ukraine zu verhindern.

Er betonte, dass die Nato ihre Verpflichtung zur Verhinderung von Konflikten in Europa bekräftigen solle, indem sie die Ukraine vom Anfachen militaristischer Stimmungen abbringe.

"Im Gegenzug wird Russland – selbstständig oder durch kollektive Anstrengungen – alles tun, um jeglichen Militärkonflikt zu umgehen", so Kossatschjow.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für die Verteidigung der Staatsduma, Juri Schwytkin, hat im Gespräch mit dem Sender RT die Aussagen von Poroschenko als einen Kniff zur Ablenkung der ukrainischen Bevölkerung von den anstehenden Präsidentschaftswahlen bezeichnet.

"Poroschenko versteht, dass er als Kandidat fast nicht wählbar ist. Die Verhängung des Kriegsrechts könnte seiner Ansicht nach erlauben, die Wahlen zu verschieben und einen Teil der radikalen Wählerschaft zu mobilisieren", meinte der Politiker.

Er behauptete zudem, dass Poroschenko mit seinen Aussagen die Aufmerksamkeit der EU-Staaten und der Nato auf sich ziehen wolle.

"Als Chefs der Ukraine sollten sie jedoch die Tätigkeit ihrer Unterstellten unterbinden und sie (die Ukraine - Anm. d. Red.) zur Deeskalation zwingen, weil diese Situation die USA und Europa früher oder später treffen kann", verlautbarte Schwytkin gegenüber RT.

~ Sputnik Quelle: <https://de.sott.net/article/33125-Selbstmord-Poroschenko-droht-mit-Krieg-gegen-Russland-nach-eigener-Provokation>

Dummköpfe

Wäre die Welt nicht so voll
von Dummköpfen, die wider
jeden Verstand und gegen
alle Vernunft Kriege, Terror,
Unfrieden, Überbevölkerung,
Unfreiheit, Disharmonie, wie
aber auch Lieblosigkeit und
bösen Hass erschaffen, dann
wäre des Menschen Leben
ein Paradies auf Erden.

SSSC, 21. februar 2012

17.32 h, Billy

Und die Zeitumstellung ... wird noch nicht abgeschafft – Neues Datum ist März 2021

Jörg Klingenbach Sott.net Mi, 28 Nov 2018 18:05 UTC



Im Juli 2018 konnten wir Europäer darüber [abstimmen](#), ob wir dafür sind, die Zeitumstellung abzuschaffen. Die Beteiligung war so groß, dass für Tage der Server nicht erreichbar war. Ungefähr 4,6 Millionen [Bürger](#) nahmen an der Umfrage teil und 80 % stimmten für eine Abschaffung der jährlichen Zeitumstellung. EU-Präsident Juncker wurde Ende August mit den Worten [zitiert](#): "Die Menschen wollen es, wir werden es machen [...] Millionen haben geantwortet und sind dafür, dass die Sommerzeit für alle Zeit gelten soll".

Doch wir reden hier von Politik, und wie es oft in unseren "Demokratien" so ist: "Wenn die Bevölkerung etwas möchte, dann geben wir Eliten unser Bestes, dass dieser Wille herausgezögert und hoffentlich nicht durchgesetzt wird". Der Grund? Es gibt Konflikte zwischen 16 europäischen Staaten und sie kritisieren die Abschaffung der Zeitumstellung. Egal, wie viele [Vorteile](#) so eine Abschaffung hätte.

"Die zuständigen Verkehrsminister der EU-Staaten hätten bei ihrer Tagung am kommenden Montag in Brüssel grünes Licht für den Vorschlag geben müssen, damit die entsprechenden Vorbereitungen bis zum März getroffen werden können", so das Blatt.

Allerdings stimmten die EU-Staaten dem Vorschlag nicht zu und forderten mehr Zeit für eine Entscheidung und Abstimmung untereinander. Ein neuer Termin könnte demnächst der **28. März 2021** sein. - [Sputnik](#)

In diesen 2,5 Jahren kann noch viel passieren. Doch die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass die Umfrage versandet und nicht weiter beachtet wird. Wir leben in einer "schönen" neuen Welt!

Jörg Klingenbach

Jörg Klingenbach hat einen Abschluss in den Sozialwissenschaften und ist Redakteur für Sott.net seit 2011. Informationen zu veröffentlichen und objektivere Nachrichten auch an deutsche Leser zu vermitteln, war mit ein Hauptgrund, sich dem fulminanten Sott-Team anzuschließen. Dabei konzentriert sich Jörg vorrangig auf die Kategorien Puppenspieler, dem Kind der Gesellschaft und Feuer am Himmel. Er hilft Artikel ins Deutsche zu übersetzen und von Zeit zu Zeit verfasst er auch selbst Artikel. Wenn Jörg nicht gerade bei Sott.net oder an anderen Projekten arbeitet, fotografiert er sehr gern.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33127-Und-die-Zeitumstellung-wird-noch-nicht-abgeschafft-Neues-Datum-ist-Marz-2021>

„Europas Prinzipien? Welche denn?“: Russische Außenamtssprecherin antwortet Merkel

20:44 29.11.2018(aktualisiert 21:06 29.11.2018)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat beim Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum in Berlin erläutert, warum der Westen Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie berief sich dabei auf „Prinzipien des Völkerrechts“. Der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, ist dieses Argument offenbar zu schwach.

„Prinzipien?! Von Europa?! Welche denn?!“ schrieb Sacharowa auf Facebook.

Sacharowa nannte als Beispiel den NSA-Skandal, als im Jahr 2013 die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden zutage brachten, dass der US-Geheimdienst Merkels Handy aktiv abhörte.

„Und? Was wurde von der Kanzlerin ‚aus Prinzip‘ unternommen, welche Sanktionen wurden gegen Washington verhängt, um den USA etwas ‚klar zu machen‘? Wie viele US-Diplomaten wurden ausgewiesen?“, so die Sprecherin weiter.

Sacharowa erinnerte zudem an die ehemalige ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko, die früher ganz hoch auf Berlins „Prinzipien-Tagesordnung“ gestanden habe. Jetzt habe man sie so gut wie vergessen.

„Erinnert sich jemand in Berlin an #FreeSawtschenko? Die Liste der ‚Prinzipien‘ geht unendlich weiter.“

Nadeschda Sawtschenko war im Jahr 2016 von einem russischen Gericht wegen Verwicklung in den Mord an russischen Journalisten im Donbass zu 22 Jahren Haft verurteilt worden.

Westliche Staaten hatten damals die Befreiung Sawtschenkos gefordert und starteten die Aktion #FreeSawtschenko. Im Mai 2016 begnadigte der russische Präsident Wladimir Putin die Kampfpilotin, sie kehrte in die Ukraine zurück.

Kurz darauf wurde sie Abgeordnete im ukrainischen Parlament. Doch wegen ihrer Haltung zum Donbass – Sawtschenko trat für einen Dialog mit den selbsternannten Volksrepubliken ein und traf sich sogar mit deren Chefs – fiel sie schnell in Ungnade der Kiewer Führung. Im März wurde Sawtschenko verhaftet: Die ukrainische Regierung beschuldigt sie, einen Terroranschlag in Kiew geplant zu haben.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20181129323130770-sacharowa-merkel-europas-prinzipien-sanktionen/>

Sarrazin im ET-Interview zum UN-Migrationspakt: „Durch viele kleine Fäden werden wir am Ende bewegungsunfähig gemacht“

Von Nancy McDonnell 28. November 2018 Aktualisiert: 29. November 2018 18:16

"Der Migrationspakt hat in völlig unübersichtlichen Einzelbestimmungen, die auch nicht leicht zu lesen sind, letztlich so ein bisschen die Tendenz wie in dem Märchen, in dem der Riese Gulliver gefesselt wurde. Durch ganz viele kleine Fäden haben die Zwerge ihn am Ende bewegungsunfähig gemacht. Genauso macht das der Migrationspakt mit den Ländern der westlichen Welt."

Thilo Sarrazin unterwegs in Sachsen.

Thilo Sarrazin besuchte am Dienstag erneut Sachsen, um sein Buch „Feindliche Übernahme – Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“ vorzustellen. Das jüngste Werk des Autors von „Deutschland schafft sich ab“ hat sich laut seinen eigenen Angaben seit Veröffentlichung im August dieses Jahres bereits 220 000 Mal verkauft. Es ist damit – ebenfalls nach seinen Angaben – das seit Jahren am besten verkaufte Sachbuch über den Islam in Deutschland. Die Tatsache, dass die renommierten Medien sein Buch größtenteils totschweigen oder negativ rezensieren, habe dem Erfolg seines Buches keinen Abbruch getan, sagt er.

Sarrazin, der wieder von Ex-ARD-Korrespondent in Algerien, Samuel Schirmbeck, begleitet wurde, füllte die Remonte-Halle in Großenhain bis fast auf den letzten Platz. Damit lauschten rund 500 Besucher seinen Ausführungen und dem anschließenden Zwiegespräch zwischen den beiden Islam-Experten.

Epoch Times-Redakteurin Nancy McDonnell traf den ehemaligen Finanz-Senator von Berlin nach der Veranstaltung. Sie wollte von ihm wissen, wie er sich den Verlust in der Wählergunst seiner eigenen Partei, der SPD, erklärt und wie er über den UN-Migrationspakt denkt.

Epoch Times: *Herr Sarrazin, die SPD verliert in der Wählergunst immer mehr und ein Ende ist nicht abzusehen. Woran liegt das?*

Thilo Sarrazin: Es gibt in jeder historischen oder gesellschaftlichen Zeitspanne sogenannte Mega-Themen, die Leitthemen sind. Die SPD stieg damals vor dem ersten Weltkrieg auf, da waren die sozialen Fragen sehr wichtig. Die CDU stieg in den 50er Jahren mit den Wirtschaftsfragen auf, und danach kam das Thema Umwelt auf, damit gewannen die Grünen in den 80er Jahren stark an Zuwachs.

Heute kristallisieren sich zwei große Themen heraus, die zum Leitthema geworden sind. Das eine ist die Erhaltung der natürlichen Umwelt, Klimawandel usw.- das ist das Thema der Grünen. Das andere ist der Schutz vor unerwünschter Globalisierung – das Thema der AfD. Das sind die beiden großen Leitthemen der heutigen Zeit. Wer als Partei aufsteigen will, muss ein Leitthema bedienen. Die SPD hat zwar immer noch die größte Kompetenz in Sozialfragen – die hat sie sich über hundert Jahre erhalten –, nur steht das Thema heute eben nicht mehr im Mittelpunkt.

ET: *Damit erklärt sich also auch der plötzliche und fulminante Aufstieg der Grünen?*

Sarrazin: So erklärt sich der Aufstieg der Grünen und auch der AfD. Die Grünen besetzen das Leitthema

Umwelt, das Leitthema Globalisierung wird mittlerweile von der AfD besetzt, es war mal die CDU/CSU. Darum wird die AfD, wenn sie keine Riesenfehler macht, auch in die Tendenz von 20 Prozent gehen. Damit meine ich, sofern sie es intelligent anstellen und die bürgerlichen Wähler nicht verschrecken.

ET: *Das Leitthema Globalisierung lässt wunderbar auf den Global Pact of Migration überleiten, oder auf deutsch UN-Migrationspakt. Erst verschwiegen, dann zäh ans Licht gebracht, ist in Deutschland nun doch eine Debatte um den Pakt entstanden. Eine Debatte, in der auch Ihr Wort nicht fehlen sollte. Was sind Ihre Gedanken dazu?*

Sarrazin: Die Ursache des Flüchtlings- bzw. Migrationsdrucks sind die Verhältnisse in den Herkunftsstaaten, die geprägt sind von einer Herrschaft von Kleptokraten, von Diktatur, Korruption, fehlender Bildung, Vorherrschaft des Islam, Unterdrückung von Frauen usw. Es gilt hier wie bei der Religion – nur die Muslime selbst können ihre Einstellung ändern, man kann ihnen das nicht aufzwingen. Und dasselbe gilt auch für fremde Länder, ob sie im Nahen Osten liegen oder in Afrika. Nur in den Ländern selber kann sich etwas ändern. Jedes Land kann sich so ändern, dass es seinen Menschen angemessene Lebensmöglichkeiten bietet. Wir können dies nicht dadurch kompensieren, dass wir Einwanderung aus diesen Ländern zulassen.

ET: *Was werfen Sie dem Pakt vor?*

Sarrazin: Er geht von einer völlig falschen Tatsachenbehauptung aus. Er behauptet und unterstellt, Migration sei generell wohltätig und nützlich. Das ist sachlich einfach falsch. Das stimmt nur unter gewissen Bedingungen. Außerdem geht er von einer falschen Ursachenbeschreibung aus, er sagt nichts darüber, dass die Ursachen für Flucht und Migration in den Herkunftsländern liegen, insbesondere übrigens in der völlig unkontrollierten Bevölkerungsexplosion aufgrund nachhaltig hoher Geburtenraten. Da dies im Pakt überhaupt nicht zur Sprache kommt und statt dessen erklärt wird, Migration sei generell wohltätig, werden falsche Tatsachen aufgestellt. Die eigentlichen Ursachen werden verschwiegen. Und dann kommt ein großer Pflichtenkatalog, der im Wesentlichen die Einwanderungsländer betrifft. Uns müsste das eigentlich nicht stören, weil wir das sowieso alles schon machen, wir sind Weltmeister in solchen Dingen. Gleichwohl gibt es doch einen Unterschied, ob man es freiwillig macht oder ob es einem demnächst vorgeschrieben wird.

In der Summe atmet der gesamte Text den <Geist> (Anm. Bewusstsein) aus, dass man möglichst Migration befördern will und zwar immer nur in eine Richtung. Man hört ja nie davon, dass Deutsche plötzlich nach Sambia einwandern – auf die Idee käme ja gar keiner –, es geht darum, dass Senegalesen oder Afghanen nach Deutschland einwandern. Die Migration hat erstaunlicherweise nur eine Richtung. Und die Gründe, warum es einseitig ist, werden gar nicht beleuchtet.

ET: *Wozu das Ganze?*

Sarrazin: Mit aller Vorsicht ausgedrückt, es gibt große Tendenzen in unserer Gesellschaft, aber auch große Tendenzen international, die sagen, wir sind doch eine Menschheit und eine Erde und wir gehören doch eigentlich alle zusammen und wir machen künftig auch alles zusammen. Staatsgrenzen, Nationen und Ethnien sind eigentlich völlig unnatürlich und das lösen wir alles auf. Und da die Menschen so verstockt sind, helfen wir ein bisschen nach. Wenn wir genügend Menschen wandern lassen, dann sind die Weißen, die ja sowieso mittlerweile schon fast weißköpfig sind, und sich nicht mehr so richtig vermehren wollen, bald in ihren eigenen Ländern in der Minderheit, und dann haben wir schon wieder ein Problem gelöst.

Und dieses Ding, was ich jetzt unscharf persifliert habe, ich glaube, ein Teil dieses Denkens ist auch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die schaut plötzlich auf das Wohl der Welt, aber nicht auf das Wohl Deutschlands. Und die Leute in internationalen Organisationen denken auch so und natürlich möchte jeder höhere UNO-Beamte gern, dass die UNO die Weltregierung wird, dann hat er ja mehr Macht. Ist ja verständlich.

Man muss wissen, dass hier unscharf solche Bestrebungen im Gange sind. Und der Migrationspakt hat in völlig unübersichtlichen Einzelbestimmungen, die auch nicht leicht zu lesen sind, letztlich so ein bisschen die Tendenz, wie in dem Märchen, in dem der Riese Gulliver gefesselt wurde. Durch ganz viele kleine Fäden haben die Zwerge ihn am Ende bewegungsunfähig gemacht. Genauso macht das der Migrationspakt mit den Ländern der westlichen Welt.

ET: *Wie verbindlich ist der Pakt?*

Sarrazin: Nun ist das ja noch nicht zu Ende, denn einige Länder machen das ja nicht mit, wie Australien

oder die USA, die beiden größten Einwanderungsländer der Welt. Bei anderen wird man abwarten müssen, was sie mitmachen.

Die Sache ist ja auch noch nicht durch, selbst wenn sie unterschrieben ist, wird sie nicht durch sein. Papier ist geduldig. Der Compact on Migration erinnert mich noch an den Fiscal-Compact, der im Jahr 2012 gemacht wurde, in der EU. Wer hat sich an die fiskalischen Vorgaben gehalten? Die Italiener tun es nicht, andere tun es auch nicht. Wir tun es als einzige. Auch dieser Migrationspakt wird wieder ein Pakt sein, auf den nur deutsche Anwälte und deutsche Verwaltungsgerichte begeistert springen. Schon in Italien und Spanien wird man ihn nicht weiter beachten. Aber die sogenannte Dritte Welt wird ihn begeistert unterschreiben, sie hat ja auch die Erklärung der Menschenrechte unterschrieben. Die unterschreiben alles, wenn es dafür Geld gibt, und tun sowieso nur, was sie für richtig halten.

Die internationalen Menschenrechte sind von allen UNO-Staaten unterschrieben worden, aber wirklich beachtet werden sie nur in den Demokratien der westlichen Welt, vielleicht noch in Japan und Südkorea. Im übrigen Teil der Welt werden sie positiv missachtet. Das geht in China und Russland los und geht in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten weiter. Und dem Migrationspakt wird es nicht anders gehen. Wir werden ihn ernst nehmen und alle anderen nicht.

ET: Was denken Sie, wird Deutschland nach all den Diskussionen im eigenen Land den Pakt unterschreiben?

Sarrazin: Ja, ganz sicher.

ET: Herr Sarrazin, vielen Dank für Ihre Zeit.

Das Gespräch führte Nancy McDonnell.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/sarrazin-im-et-interview-zum-un-migrationspakt-durch-viele-kleine-faeden-werden-wir-am-ende-bewegungsunfaehig-gemacht-a2722625.html#>

Psychoanalytiker Maaz über Merkel: Mutti ist tabu

19:00 18.09.2017(aktualisiert 13:24 21.09.2017)

Der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz vergleicht die Menschen, die gegen die Kanzlerin demonstrieren, mit zornigen Kindern, die sich unverstanden fühlen. Auf der anderen Seite ist die Kanzlerin als Mutter der Nation unantastbar. „Mutti ist tabu“ meint der bekannte Psychiater und Spezialist für die Mentalität der Ostdeutschen im Sputnik-Interview.



Herr Maaz, bei Wahlkampfauftritten, vor allem in Ostdeutschland, wurde die Kanzlerin ausgepiffen. Allerdings geht Merkel gewöhnlich überhaupt nicht auf die Protestler ein. Es schien an ihr abzuprallen. Steht Mutti da drüber?

Das ist genau ihr Trick. Wenn sie darauf eingehen würde, würde sie eine Angriffsfläche bieten und müsste sich damit auseinandersetzen. Das lässt sie abprallen nach dem Motto: Ihr Kinder versteht das nicht. Das birgt aber Zündstoff. Das kenne ich aus der Entwicklungspsychologie: Wenn Kinder sich überhaupt nicht verstanden und angenommen fühlen, werden sie immer aggressiver. Dann werden sie entweder krank oder verhaltensauffällig.

Die meisten Menschen würde es allerdings nie wagen, Mutti zu widersprechen oder sie gar auszupfeifen.

Die Beziehung, die man als Kind zu seinen Eltern hatte, prägt die ganze Persönlichkeit. Später wiederholt man diese prägenden Beziehungserfahrungen in der Partnerschaft, in der Freundschaft, aber auch gegenüber Fremden. In der Psychoanalyse nennt man das Übertragungen. Das überträgt sich auf das Verhältnis zu Merkel, die ja eben von den meisten nicht kritisiert wird. Schlechte Mütterlichkeit wird nur sehr selten wahrgenommen und thematisiert. Die Mutter ist heilig, die wird nicht kritisiert, die ist tabu. Das ist auch evolutionär nachvollziehbar: Ein kleines Kind darf die Mutter nicht wirklich kritisieren, da dies existenziell bedrohlich ist. Also wird das unterdrückt. Man verhält sich dann so, wie es Mutti gefällt. Diese Übertragung erfährt Frau Merkel in erster Linie. Selbst für ihre schweren politischen Fehler, von der Energiewende, über die Euro-Rettung, die Griechenland-Geschichte bis hin zur verheerenden Asyl- und Migrationspolitik, wird sie nicht wirklich angegriffen. Mutti wird geschont. Sie hat Mutterschutz. Wenn man Mutti angreift, würde man ja quasi in der Übertragung seine eigene Mutter angreifen. Ich behaupte mal, jeder Mann, jeder Bundeskanzler hätte schon längst zurücktreten müssen.

Hat vielleicht auch der Mann Schulz wegen dieses Mutti-Syndroms keine Chance gegen Merkel?

Ja. Für mich war das TV-Duell peinlich. Man hätte ihm sagen müssen, dass er nur diese eine Chance hat, wenn er jetzt angreift und keine Angst vor Mutti hat. Man hat seine Befürchtung gespürt, wenn ich jetzt angreife, dann verderb ich's mir mit allen, das macht man nicht. Da ist auch was dran, denn Mutti greift man nicht an. Das wäre aber der einzige Weg gewesen. Das hat Schulz leider überhaupt nicht verstanden.

Ist aus Merkel nun die Mutti gemacht worden oder tut sie selbst alles dafür, Mutti zu sein?

Sowohl als auch. Weil sie so bescheiden und wenig hysterisch und kämpferisch auftritt, ist sie dem einfachen Bild einer Mutter ähnlicher, als wenn sie erotisch und modisch aufgemotzt als Frau daher kommen würde. Ich behaupte, dann wäre sie nicht so lange an der Macht geblieben.

Ist es auch Taktik der Kanzlerin, zum Beispiel bei der Flüchtlingskrise, sich bloß nicht anmerken zu lassen, dass man Mist gebaut hat?

Ja, Augen zu und durch. Viele finden das ja gerade gut, dass sie das so ohne Kampf absitzt. Bei Frau Merkel habe ich das Gefühl, dass sie wie Opium für das Volk ist. Mit Ausdrücken wie "Wir schaffen das" und "Das ist alternativlos" und ihrer scheinbar ruhigen, gelassenen Art vermittelt sie den Menschen den Eindruck, dass alles nicht so schlimm ist. Das erklärt mir auch den belanglosen Wahlkampf. Merkel fährt wie im Schlafwagen ins Bundeskanzleramt. Es gibt überhaupt keine Aufregung, die es aber geben müsste, da wir vor riesigen Problemen stehen.

Nach Demokratie klingt das allerdings nicht, eher nach Autokratie. Da fehlt quasi nur noch die Krone.

Das ist ja das Schlimme, dass im Grunde die Mutti-Herrschaft die Demokratie beerdigt. Das hat es noch nie gegeben, dass solche wesentlichen Entscheidungen, wie die Energiewende oder eben vor allem die Flüchtlingsproblematik, im Prinzip ohne Parlament entschieden wurden. Das muss doch in einer parlamentarischen Demokratie vom Parlament diskutiert, bewertet und abgesegnet werden. Dass das nicht geschieht, erkläre ich mir eben mit diesem Mutti-Tabu-Komplex und auch damit, dass die Politiker selbst Angst vor dem haben, was auf uns zukommt.

Was meinen Sie, warum tut sich eine Frau im fast Rentenalter diesen Stress jetzt noch einmal vier Jahre an?

In meinen Augen könnte es eine narzisstische Problematik sein. Ich war dabei, als sie das bei Anne Will bekannt gegeben hat. Da sagte sie, ich bin noch mal gebeten worden. Sie ist quasi verführt worden. Das ist naheliegend, weil die CDU/CSU überzeugt ist, nur mit ihr gewinnen zu können. Ich vermute, dass ihr narzisstisches Geltungsbedürfnis dem dann zugestimmt hat. Die häufigsten Wege, sich und der Welt zu beweisen, dass man wichtig ist, sind Geld und Macht. Da kam wohl zusammen, dass sie überredet wurde und selbst das Bedürfnis hatte, an der Macht zu bleiben.

Bis jetzt ist die Kanzlerin weitestgehend unbeschadet durch alle Gewässer navigiert. Meinen Sie, sie kann das bis zum Schluss durchhalten und vielleicht noch krönen und endgültig als Heilige in die Geschichte eingehen?

Ich fürchte für sie eher das Gegenteil. Das, was jetzt auf uns zukommt, die Krise des Westens, das ist nicht mehr wirklich zu handeln. Da müssen harte Entscheidungen getroffen werden, um die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, aber auch in Rechts und Links zu verhindern. Dafür ist die Kanzlerin nicht geeignet.

Armin Siebert

Dr. Hans-Joachim Maaz war von 1980 bis zu seinem Ruhestand 2008 Chefarzt der Psychotherapeutischen und Psychosomatischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle. 1990 erschien sein Buch Der Gefühlsstau, in dem er den Einfluss von staatlicher und familiärer Repression im DDR-System auf die psychische Befindlichkeit der Bevölkerung untersuchte. In seinen Folgewerken setzte er sich auch kritisch mit der Situation im wiedervereinigten Deutschland und deren Folgen auf die Psyche auseinander.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20170918317478343-psychoanalytiker-maaz-ueber-merkel-mutti-ist-tabu/>

Klimapolitisches Totalversagen

Die Bundesregierung ist für den Schutz von Mensch und Umwelt verantwortlich. Doch diese Verpflichtung bleibt ein Lippenbekenntnis. Politik wird im engen Schulterchluss mit den Konzernen gemacht, die Klimaziele werden verfehlt und Kritiker mit massiver Gewalt drangsaliert.

Von HUBERTUS ZEBEL | Veröffentlicht vor 3 Tagen in: Weltpolitik



«Der Klimawandel (...) ist für unsere Welt eine Schicksalsfrage. Sie entscheidet über das Wohlergehen von uns allen.» Diese pathetischen Worte richtete Bundeskanzlerin Angela Merkel im letzten Jahr bei der Weltklimakonferenz in Bonn an die globale Öffentlichkeit. In der gleichen Rede bekräftigte sie: «Die täglichen Wetterereignisse und Klimakatastrophen auf der Welt zeigen uns, wie drängend die Sache ist. Daher heißt es jetzt, unseren Worten auch Taten folgen zu lassen.» Solche und ähnliche Zitate finden sich in Dutzenden Reden Merkels bei internationalen Konferenzen, was ihr den Ruf als sogenannte Klimakanzlerin eingebracht hat. Misst man die Kanzlerin an ihren eigenen Worten und schaut sich die Bilanz ihrer wechselnden Bundesregierungen an, dann lässt sich feststellen, dass in kaum einem anderen Politikfeld Anspruch und Wirklichkeit derart weit auseinanderklaffen wie im Bereich Umweltpolitik. Deutschland hat seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz längst verspielt. Die herrschende Politik schützt stattdessen die Profitinteressen der ewig gestrigen Kohle-, Gas- und Atomkonzerne sowie der manipulierenden Autoindustrie.

Worte ohne Taten

So nimmt es nicht Wunder, dass Deutschland die selbst gesteckten Klimaziele krachend verpasst, wie die Bundesregierung im Klimaschutzbericht 2017 kleinlaut eingestehen musste. Bis zum Jahr 2020 sollten die nationalen Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent reduziert werden – im besten Fall werden bei dem heutigen Stand ohne zusätzliche Anstrengungen mickrige 32 Prozent erreicht. Wenn man berücksichtigt, dass ein Großteil der Einsparungen nicht auf freiwilliger Basis beruhte, sondern auf die Abwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 zurückzuführen ist, fällt das klimapolitische Zeugnis umso peinlicher aus. Zwar konnte im Stromsektor der Anteil der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren schrittweise auf rund 36 Prozent erhöht werden; doch mit den letzten beiden Novellen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und der Installierung eines marktwirtschaftlichen Ausschreibungssystems haben Union und SPD die Energiewende endgültig zugunsten großer Investoren eingebremst. Zudem funktioniert der propagierte Vorrang des Ökostroms bei der Netzeinspeisung aufgrund der Behäbigkeit alter Kohlekraftwerke bei der An- und Abschaltung hinten und vorne nicht. Die deutschen Stromexporte haben sich in den letzten fünf Jahren aufgrund der überproduzierenden Kohle- meiler beinahe verzehnfacht. Im Verkehrssektor gingen die Emissionen seit dem Jahr 1990 überhaupt

nicht zurück, der Anteil der erneuerbaren Energien liegt hier gerade einmal bei 5 Prozent. Im Wärmesektor sank der Anteil im Jahr 2017 sogar wieder auf knapp 13 Prozent. Der wesentlich von Deutschland mitinitiierte EU-weite Emissionshandel ist ein einziges Desaster. Auch die nun in der Verantwortung des Innenministeriums liegende energetische Gebäudesanierung kommt nicht voran.

Klimapolitisches Rollback

Insbesondere nach dem Rechtsruck seit der letzten Bundestagswahl und im Windschatten des den Klimawandel leugnenden US-Präsidenten Donald Trump kann mittlerweile auch in Deutschland von einem klimapolitischen Rollback gesprochen werden. Das ohnehin zahnlose Umweltministerium verlor in der neuen Legislaturperiode die Zuständigkeit für den klimapolitisch bedeutsamen Bausektor. Die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) steht der mächtigen Kohlelobby in Nordrhein-Westfalen nahe. Würden sie und die Bundesregierung sich ernsthaft darum bemühen, dem Erreichen des Klimaziels 2020 doch noch ein paar Schritte näher zu kommen, dann würden sie einen sofortigen Kohleausstieg in die Wege leiten und die zwanzig schmutzigsten Braunkohlekraftwerke bis zum Jahr 2020 abschalten. Geschieht nicht bald etwas in diese Richtung, sind die Ziele des Pariser Klimaabkommens für Deutschland nach einhelliger Einschätzung renommierter Klimaforscher nicht mehr einzuhalten. Stattdessen schiebt Schwarz-Rot den Kohleausstieg auf die lange Bank und lagert alle strittigen Fragen in eine Kommission aus, die den bezeichnenden Namen «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» trägt. Damit ist bereits angekündigt, dass dort über alles Mögliche geredet werden soll, aber nicht über einen konsequenten und raschen Klimaschutz. Die Umweltverbände sind deutlich unterrepräsentiert, die Linkspartei ist komplett ausgeschlossen. Die Betonung des Wachstums verweist auf den Vorrang der Kapitalinteressen, die durch die mit allerlei Lobbyisten besetzte Kommission geschützt werden sollen. Diejenigen, die nun Krokodilstränen über den Verlust einiger Tausend Kohlearbeitsplätze vergießen, blenden aus, dass ein unkontrollierter und planloser Kohleausstieg, der der Anarchie des Marktes überlassen bleibt, für die Beschäftigten deutlich unsicherer ist als ein politisch gesteuerter und sozial flankierter Ausstieg mit entsprechenden Auffangmaßnahmen. So sollten zum Beispiel RWE und Co., die jahrelang satte Profite eingestrichen haben, für einen Großteil der Kosten des Strukturwandels aufkommen müssen.

Politik schützt Profitinteressen

Bereits beim Atomausstieg, den die damalige Bundesregierung aus Union und FDP im Jahr 2011 widerwillig unter dem Eindruck von Fukushima und auf Druck der Anti-Atomkraft-Bewegung beschloss, zeigte sich deutlich die Parteinahme der herrschenden Politik für die Profitinteressen der Konzerne. Bei der verpfuschten Kernbrennstoffsteuer wurden Schadenersatzrisiken bewusst in Kauf genommen. Letzten Endes konnten sich die Atomkonzerne über Entschädigungen in Milliardenhöhe freuen. Ebenso beschloss die Große Koalition unter gütiger Mithilfe der Grünen Ende 2016, die angeblich überforderten Atomkonzerne durch eine viel zu geringe Einmalzahlung von 24 Milliarden Euro aus der Haftung für die Ewigkeitskosten der Atom Mülllagerung zu entlassen. Ganz nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren. Gleiches steht für die Langzeitkosten des Kohleabbaus zu befürchten. Die Mär vom billigen Atom- und Kohlestrom gilt eben nur aus betriebswirtschaftlicher und nicht aus volkswirtschaftlicher Sicht, die für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weitaus relevanter ist. Auch im Bereich Fracking lässt sich feststellen, dass Konzerne wie Wintershall oder ExxonMobil bei der Bundesregierung stets auf ein offenes Ohr für ihre Profitinteressen stoßen. Entgegen allen Beteuerungen verabschiedeten CDU/CSU und SPD im Juni 2016 ein Fracking-Erlaubnisgesetz, das der Anwendung dieser gefährlichen Technologie im Sandgestein Tür und Tor öffnet und sie lediglich im Schiefer-, Ton- und Kohleflözgestein bis 2021 untersagt. Nicht zuletzt der Protektionismus der Autokonzerne im Zuge des Dieselskandals und die De-facto-Legalisierung der illegalen Abschaltanlagen durch staatliches Wegschauen zeigen überdeutlich, dass der Schutz von Mensch und Umwelt ein Lippenbekenntnis bleibt.

Ein Richtungsstreit

Angesichts dieser verheerenden umweltpolitischen Bilanz, die sich noch um viele Aspekte erweitern ließe, wäre es ein Leichtes, die «Klimakanzlerin» der Heuchelei zu bezichtigen. Ist Merkel die Kanzlerin der Großkonzerne, die die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz zugunsten der Kohlelobby leichtfertig verspielt und ihrer Verantwortung für den Schutz der Menschen nicht nachkommt? Ein derartiger Vorwurf griffe zu kurz und würde verkennen, dass derzeit ein heftiger Richtungsstreit innerhalb konkurrierender Kapitalfraktionen tobt, der sich in die Politik hinein verlängert. Während die einen verbissen an der fossilen Industrie festhalten, investieren die anderen, «progressiveren» Kapitalfraktionen in die Green Economy. Ideologisch sekundiert werden die einen durch die Klimaleugner und -skeptiker von AfD, FDP und dem CDU-Wirtschaftsflügel, die anderen von der internationalen Klimadiplomatie und dem grün-alternativen Spektrum. Als Regierungschefin eines kapitalistischen Staates muss es Merkel in erster Linie um die «internationale Wettbewerbsfähigkeit» gehen. Die wesentliche Funktion, die eine Regierung im Kapitalismus zu erfüllen hat, ist die Gewährleistung günstiger staatlicher Rahmenbedingungen für die

bestmögliche Kapitalakkumulation am nationalen Standort. Zwar ist die Politik durch diese Funktion nicht determiniert und kann gegen das Interesse der Einzelkapitale regulatorisch eingreifen, sie muss dabei aber stets für das Interesse des nationalen Gesamtkapitals Sorge tragen. Sie muss also eine Tendenz zwischen den divergierenden Verwertungsbedürfnissen ermitteln und zu einer Einschätzung gelangen, welche Branchen zukunftsträchtig und welche im Absterben begriffen sind, um entsprechende Begleitmaßnahmen ergreifen zu können. Hier ließe sich nun argumentieren, dass die Bundesregierung selbst nach kapitalistischen Maßstäben eine veraltete und bald nicht mehr wettbewerbsfähige fossile Industrie durch massive Subventionen künstlich am Leben erhält. In der Tat könnte die herrschende Politik selbst systemimmanent deutlich mehr für den Klimaschutz tun.

Sie stets aufs Neue zu drängen, kleine Schritte in die richtige Richtung zu tun, ist in Verbindung mit radikaler Systemkritik der zentrale Aspekt einer linken Oppositionsarbeit. Der nach jahrelangen Kämpfen auf den Straßen durchgesetzte Atomausstieg könnte in diesem Sinne durchaus als «revolutionäre Realpolitik» beschrieben werden. Sobald das revolutionäre Moment allerdings in Vergessenheit gerät, bleibt nur noch eine Kritik übrig, die sich affirmativ auf die Gesetze des Marktes stützt. Entsprechend ist das Geheimrezept der ökologischen Konformisten, die weder Kapital noch Staat infrage stellen wollen, der sogenannte grüne Kapitalismus.

Grüner Kapitalismus

Nicht nur für hartgesottene Linke könnte es verblüffend anmuten, dass die Klimakonferenzen massiv von Großkonzernen protegiert werden. In den USA bekräftigten die Silicon-Valley-Giganten Google, Apple und Facebook nach Trumps angekündigtem Austritt bis zum Jahr 2020 ihre Unterstützung für das Pariser Klimaabkommen, ebenso wie Amazon, Tesla, Intel und viele mehr. In Deutschland fordern unter anderem Adidas, Aldi, Siemens, SAP und Telekom in einer gemeinsamen Erklärung einen baldigen Kohleausstieg. Den Konzernen geht es dabei nicht etwa um das Wohl der Menschheit – vielmehr haben sie erkannt, dass die kapitalistische Ökonomie nicht in einer zerstörten Umwelt fortexistieren kann. Außerdem haben sie selbst längst in die boomende Ökobranche investiert und betreiben Lobbyismus für ihre eigenen Profitinteressen. Die markt- und warenförmig organisierte Energiewende hat sich nach der letzten internationalen Finanzkrise förmlich als Konjunkturspritze für die erlahmende Weltwirtschaft entpuppt, indem sie vielfältige neue Investitionsmöglichkeiten für Anlage suchendes Kapital schuf. Der kapitalistischen Ökonomie gelingt es stets aufs Neue, selbst erzeugte Krisen produktiv zu machen, um aus ihnen – freilich auf Kosten von Mensch und Natur – gestärkt hervorzugehen. Die vermeintliche Stabilität des Kapitalismus – die man nur dann behaupten kann, wenn Kriege, Armut, Hunger und Elend als Kollateralschäden abgehakt werden – mag dazu beitragen, dass sich auch im Klimabereich kaum noch jemand eine politische Steuerung jenseits von Marktmechanismen vorstellen kann. Auf diese Weise hat sich eine Allianz aus Großkonzernen, Staatenkernern, Umweltverbänden und Parteien des liberal-grünen bis zum Teil auch linken Spektrums gebildet, die allesamt als Propagandisten eines grünen Kapitalismus fungieren. Dieser soll den Klimawandel durch die technische Umrüstung insbesondere der Energieproduktion stoppen und damit die von Merkel aufgeworfene «Schicksalsfrage» der Menschheit lösen, ohne aber den gesellschaftlichen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital und damit das zugrunde liegende soziale Herrschaftsverhältnis abzuschaffen. Unverstanden bleibt somit die dem Kapitalismus per se inhärente Wachstumsdynamik, die sich aus der wechselseitigen Konkurrenz ergibt. Das Kapital kann sich nur erhalten, indem es sich vermehrt und ausdehnt – und das exponentiell über die Produktionszyklen hinweg. Entsprechend ist ein stetig steigender stofflicher Output erforderlich, denn das Kapital kann sich auf Dauer nur verwerten, wenn es an die Produktion realer Güter, die als Waren verkauft werden, rückgebunden ist. Der Wachstumszwang lässt sich nicht per klimapolitische Grundsatzverordnung eindämmen, sondern verlangt auch künftig eine massive Ausweitung der Produktion, des Ressourcenverbrauchs und der Inwertsetzung noch nicht kapitalisierter Güter. Die von Marx analysierten Gesetze der kapitalistischen Akkumulation gelten allgemein und damit auch für die sich entwickelnde Ökobranche.

Klimapolitik mit Polizeigewalt

Leider geht auch ein Teil des links-alternativen Spektrums der harmonistischen Vorstellung einer Green Economy auf den Leim, obwohl durch sie die Ausbeutung von Mensch und Natur keineswegs gestoppt wird. Offenbar verlockt die versöhnliche Aussicht, den Kapitalismus nicht mehr grundsätzlich infrage stellen zu müssen, womit man sich schnell ins gesellschaftliche Abseits begeben würde. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ökonomie, dem Staat als Garanten des Privateigentums und dem scheiternden Klimaschutz bleibt bei diesen Strömungen ein blinder Fleck. Die Kritik richtet sich dann nicht gegen das System, sondern nur noch gegen einzelne Akteure, die ihrer vermeintlichen Verantwortung nicht gerecht würden. Dennoch zeigen sich in den letzten Jahren insbesondere in der außerparlamentarischen Opposition vermehrt Ansätze zur Verbindung von ökologischer und sozialer Frage. Wie der Staat auf eine Klimabewegung reagiert, die antikapitalistisch orientiert ist, lässt sich am Beispiel der «Ende-Gelände»-Protestaktionen im rheinischen Braunkohlerevier studieren. Sobald die herrschenden Eigentumsstruktu-

ren infrage gestellt und durch einen handfesten Eingriff in den kapitalistischen Produktionsprozess – etwa durch die Blockade von Kohlebaggern – angegriffen werden, schlägt das Gewaltmonopol des Staates im Zusammenspiel mit den Konzernen mit aller Macht zu. Dies ist durchaus wörtlich zu nehmen. Bei den Protesten in Garzweiler im Jahr 2015 knüppelte der RWE-Werkschutz gemeinsam mit der Polizei Klimaaktivisten brutal vom Werksgelände. Dieses skandalöse Vorgehen wurde bedauerlicherweise auch in Kreisen der Industriegewerkschaft IG BCE gutgeheißen.

Die «Schicksalsfrage» der Menschheit ist eben nicht ausschließlich eine des Klimawandels, sondern wesentlich eine der Befreiung von Herrschaft und irrationalen Produktionsverhältnissen. Mit dem bestehenden kapitalistischen Staat ist diese jedoch nicht zu schaffen.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/klimapolitisches-totalversagen/>

Verlust für die USA: Trump sagt Treffen mit Putin beim G20-Gipfel ab

Sputniknews Fr, 30 Nov 2018 17:38 UTC

Donald Trump hat das Treffen mit Wladimir Putin beim G20-Gipfel in Argentinien abgesagt. Wenn die beiden Präsidenten sich begegnen, dann nur am Rande des Gipfels, im Vorbeigehen quasi. Manche werfen das als Katastrophe für die russische Außenpolitik. Aber: Was genau verliert Russland eigentlich, wenn Trump sich vor Putin versteckt?



© Alex Wong—Getty Images

Es ist wirklich ein schlechtes Omen, wenn der US-Präsident ein fest vereinbartes Treffen mit einem Amtskollegen absagt. Für bestimmte Staats- und Regierungschefs ist das in der Tat eine ganz schlechte Message. Wenn die Führung eines osteuropäischen Landes oder einer ehemaligen Sowjetrepublik eine Absage aus Washington bekommt, dann droht politisches Unheil: Das Weiße Haus ist verärgert, Rücktritt oder Regimechange sind nicht mehr fern.

Aber gilt das auch für Russland, für seinen Präsidenten und die russisch-amerikanischen Beziehungen? Schließlich gehört es doch zur Normalität, dass Washington über Russland und Putin verärgert ist. Und umgekehrt: Wenn das Weiße Haus sich über die russische Führung nicht mehr aufregt, ist das eher ein Zeichen dafür, dass mit dem Kreml etwas nicht stimmt.

In den Medien und sozialen Netzwerken wird intensiv behauptet, es seien Russland und Wladimir Putin persönlich, die ein Treffen mit der westlichen Führungsspitze benötigten. Es sei schließlich Russland, das vom Westen etwas wolle: die Aufhebung der Sanktionen zum Beispiel. Hingegen komme der Westen auch ohne Russland bestens zurecht und könne deshalb nach Belieben schalten und walten ...

Der Punkt ist nur: Mit der geopolitischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit hat diese Behauptung wenig gemein. **Sogar westliche Medien räumen widerwillig ein, dass Sanktionen gegen Moskau entweder wirkungslos sind oder unerwartet positive Folgen für die russische Wirtschaft haben.**

"US-Sanktionen werden unerwartet zum Antrieb für die russische Wirtschaft", schreibt *The Wall Street Journal*. Oder: "Russlands Maschinenbau floriert wegen Wirtschaftssanktionen", stellt *Japan Business Press* fest. **"Wenn der russische Maschinenbau sich weiter mit solchem Tempo entwickelt, werden westliche Sanktionen absolut zwecklos", so das Wirtschaftsblatt.**

Diese Beispiele sind natürlich kein Beweis dafür, dass die Sanktionen keinen Druck auf die russische Wirtschaft ausüben. Das tun sie schon. Nur ist deren Abschaffung es nicht wert, russische Nationalinteressen zu opfern oder um jeden Preis ein Gespräch mit dem Westen auf höchster Ebene zu erheischen. Westliche Staats- und Regierungschefs kommen schließlich selbst nach Moskau. Und wer sich, wie Trump, einen solchen Besuch aus innenpolitischen Gründen nicht erlauben kann, der schickt eben seine Gesandten wie den Sicherheitsberater Bolton oder den Energieminister Perry. Die müssen dann Trumps fehlende Bereitschaft ausgleichen, die medialen und innenpolitischen Folgen eines direkten Treffens mit Putin auf sich zu nehmen.

Außerdem: Die Entscheidung, das Treffen mit Putin abzusagen, ist ein indirektes aber klares Zeichen dafür, dass Trump schlicht und einfach Angst hat. Er weiß, dass es ihm nicht gelingen würde, Putin so zu drangsalieren, wie er es mit anderen Staats- und Regierungschefs zu tun pflegt.

Trump hätte dann keinen Erfolg, den er an seine Wähler twittern könnte. Aber das Treffen einfach so abzusagen, wäre umso deutlicher ein Zeichen von Angst und Schwäche. Deshalb kommt der Vorfall in der Straße von Kertsch für die US-Regierung wie gerufen ...

Wer durch diesen Vorfall wirklich verliert, sind die Kiewer Machthaber. Statt des erwünschten Drucks auf Russland erhält Präsident Poroschenko von Bundeskanzlerin Merkel einen unmissverständlichen Hinweis: Klug solle er sein, der ukrainische Präsident. "Es gibt keine militärische Lösung", sagte Merkel laut der Zeitung *Die Welt*. Außenpolitische Erfolge sehen anders aus.

Die russische Führung hat indes allen Grund anzunehmen, **dass der G20-Gipfel in Argentinien zugunsten Russlands verlaufen wird**. Die Weltöffentlichkeit wartet gespannt auf die Gespräche zwischen Russland und Saudi-Arabien über die Ölförderung.

Kremls Reaktion auf Trumps Absage spricht jedenfalls für sich: **"Der Präsident hat dann ein paar zusätzliche Stunden im Programm für wertvolle Treffen am Rande des Gipfels"**, sagte Putins Sprecher Dmitri Peskow.

Es gibt heute keine einzige relevante Frage der Weltpolitik, die ohne Moskau gelöst werden könnte. **Folglich ist ein Verzicht auf direkte Gespräche mit dem russischen Präsidenten vor allem ein Verlust für die USA – nicht für Russland.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/33130-Verlust-fur-die-USA-Trump-sagt-Treffen-mit-Putin-beim-G20-Gipfel-ab>

Früherer US-Präsident George Bush Senior ist mit 94 Jahren gestorben

Sott.net Sa, 01 Dez 2018 12:20 UTC

Der frühere US-Präsident George H. W. Bush ist im Alter von 94 Jahren verstorben. Von der Tagesschau wird er als "Glücksfall" für Deutschland [gepriesen](#), da er mit für den Fall der Mauer verantwortlich war. Zusätzlich gilt er auch als [Befreier](#) des Irak. Doch was vergessen wird, ist, dass er Saddam Hussein in den 70iger Jahren [verdeckt](#) an die Spitze des Irak brachte, als er Chef der CIA war. Zusätzlich gab es Finanzspritzen der USA – unter Bush als Präsident – kurz vor Husseins Einmarsch in Kuwait.



© Robert Deutsch / Reuters

Der Eingriff der USA und die massiven Luftangriffe im Irak Anfang der 90er forderten 200.000 Menschenleben, dank des "gepriesenen" Präsidenten. Zusätzlich wurden später Massengräber entdeckt, die auch auf sein Konto gehen [sollen](#).

Quelle: <https://de.sott.net/article/33133-Fruherer-US-Prasident-George-Bush-Senior-ist-mit-94-Jahren-gestorben>

Kertsch-Krise: Putin spricht über die Gründe hinter der Provokation der Ukrainer

Sott.net Sa, 01 Dez 2018 11:06 UTC

Der russische Präsident Wladimir Putin gab im Rahmen eines Wirtschaftsforums in Moskau eine Stellungnahme in Bezug auf [die neueste Provokation](#) der ukrainischen Regierung in der Kertsch-Straße ab. Dabei ging er auf die Gründe hinter dieser Grenzüberschreitung der Ukrainer detailliert ein und wies zu Recht darauf hin, dass sich die russischen Grenzsoldaten richtig verhalten haben.



© russland.RU

Auf einem Wirtschaftsforum in Moskau wurde heute Russlands Präsident Putin erstmals öffentlich auf den militärischen Zwischenfall zwischen dem russischen Grenzschutz und ukrainischen Kriegsschiffen in der Straße von Kertsch angesprochen. Putins komplettes Statement zu diesem Thema präsentieren wir in Originalübersetzung des Kreml-Manuskripts. Putin stellt fest und erläutert umfassend, warum er das gesamte Vorkommnis für eine absichtliche Provokation der Regierung in Kiew hält.

~ [russland.RU / youtube](#)

Hier die Übersetzung seines Statements ins Deutsche:

(Anmerkung: Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=r1NkZxkMjwA>)

Man beachte in dieser Stellungnahme des Präsidenten abermals die unendliche Geduld seitens der russischen Regierung angesichts dieser erneuten Provokation und deren Entschlossenheit, Wogen zu glätten anstatt Konflikte zu schüren. Mittlerweile wurde der US-Präsident, wie zu erwarten, von seinen Sicherheitsberatern dazu gedrängt, das geplante Treffen mit Putin im Rahmen des derzeit stattfindenden G-20 Gipfels in Argentinien aufgrund dieses Vorfalles abzusagen.

Quelle:

<https://de.sott.net/article/33131-Kertsch-Krise-Putin-spricht-uber-die-Grunde-hinter-der-Provokation-der-Ukrainer>

Weg und Ziel
 Der Mensch führe sein
 Leben nicht wie ein
 Würfelspiel, sondern
 er wähle stets vernünftig
 Weg und Ziel.

SSSC, 21. Januar 2011

15.44 h, Bily

Moralischer Wert
Alle Menschen und Völker
müssen einen gesunden
moralischen Wert haben
und diesen in einer ihnen
würdigen Art und Weise
umsetzen und ihn auch
ehrwürdig verteidigen.
SSSC, 28. August 2011
00.46 h, Billy

Während Macron in Argentinien weilt, brennt Paris

Samstag, 1. Dezember 2018 , von Freeman um 16:30

Emanuel Macron wurde dabei gesehen, wie er sich länger mit Mohammed bin Salman am Rade des G-20 Gipfels in Buenos Aires unterhalten hat, den Auftraggeber des bestialischen Mordes am Journalisten Jamal Khashoggi. Scheint kein Problem für Macron zu sein, mit dem Jemen-Kriegsverbrecher zu reden, der offensichtlich gerne in Menschenblut badet.



Bei der teilweise überhörten Konversation soll er sich über den Mörder Sorgen gemacht haben.

"Ich mache mir Sorgen. Ich mache mir Sorgen... ich habe es Dir gesagt."

"Ja, Du hast es mir gesagt", sagte der Prinz. "Vielen Dank."

"Du hörst nie auf mich", sagt Macron.

"Nein, ich höre natürlich zu", antwortete Prinz Mohammed und lächelte breit, nachdem er sich offenbar einer Fernsehkamera bewusst wurde.

"Weil ich es Dir gesagt habe. Es war wichtiger für Dich", sagt Macron und lächelt knapp, bevor er sich von der Kamera abwendete und weiter zum Prinzen sprach.

Macron sagte dann etwas Unhörbares, worauf der saudische Führer sagte: "Es ist in Ordnung. Ich kann damit umgehen."

Nach einem weiteren unverständlichen Teil des Gesprächs sagt Macron: "Ich bin ein Mann meines Wortes."

Ist doch interessant, wie die zionistische Rothschild-Puppe Macron mit dem obersten "Wächter" des Islam und "Diener" der beiden heiligen Stätten Mekka und Medina per Du ist und sich beide gut verstehen!!!

Paris brennt

Wie wenn Macron selber keine Probleme zuhause hätte, denn den ganzen Samstag kam es zu Proteste, der <Gelben Westen> in Paris, die seit drei Wochen auf die Strassen gehen und seinen Rücktritt fordern.

Die Demonstranten riefen "Macron démission, Macron démission ... !!!"



Zwischendurch sangen die Demonstranten immer wieder im Chor die französische Nationalhymne, La Marseillaise ...



Als die Polizei sie mit Tränengas, Gummigeschossen und Wasserwerfern vom Versammlungspunkt am Arc de Triomphe de l'Étoile vertreiben wollte, versuchten einige mutige Demonstranten die vorrückende Polizei aufzuhalten, wie diese Frau ...



... die am Auge durch ein Polizei-Geschoss verletzt wurde:



Nachdem die Gewalt der Polizei nicht nachliess, errichteten einige aufgebrachte Mitglieder der "Gelben Westen" Barrikaden auf den Champs-Élysées ...





... und zündeten Autos, Transporter und Roller auf den Strassen an.
Die brennenden Fahrzeuge boten ein leuchtendes und
rauchendes Spektakel für die Pressemeute:



Die Feuerwehr kam zum Einsatz, um die Brände zu löschen:



Seit 11:00 Uhr habe ich die Live-Übertragung der Vorgänge in Paris rechts im Video-Fenster gezeigt und die Demonstrationen gehen bis in die Abendstunden immer noch weiter.



Bisher sind über 100 Menschen verletzt und 260 Demonstranten verhaftet worden.
Hier sieht man, wie eine Anzahl festgenommener Demonstranten
von der Polizei abgeführt wird:





Neben den festgenommenen Demonstranten sieht man verkleidete Polizisten (die mit den roten Armbinden), welche wie bei jeder Demo die Aufgabe haben, sich getarnt unter die Menge zu mischen, sie zu Straftaten anzustacheln und sie dann als "Zeugen" den uniformierten Kollegen auszuliefern. Diese Ratten nennt man "Agent Provocateur":



Das Zentrum von Paris sieht etwas verwüstet aus, und die Geschäfte sind schon den ganzen Tag geschlossen.



Danke an den russischen Nachrichtensender RT und seine Video-Plattform RUPTLY für die Aufnahmen.

Wer sind die <Gelben Westen>, und um was geht es ihnen?

Die Teilnehmer an den Demonstrationen der Gelben Westen sind Menschen aus dem französischen Mittelstand, die gegen die neuen höheren Steuern auf die Energieträger protestieren, gegen die CO₂-Steuer. So hat es jedenfalls angefangen. Belastet werden zu 90 Prozent die Geringverdiener und nicht die Reichen.

Macron will mit den höheren Steuern auf Benzin und Diesel sein Programm zur Umstellung auf "saubere Energien" umsetzen, ein sogenannter "Energiewandel für die Umwelt".

Aber die Luftfahrt und die Schifffahrt zahlen überhaupt keine Steuern auf Treibstoff. Überhaupt werden die Grosskonzerne mit vielen Ausnahmen von der CO₂-Steuer befreit.

Die <Gelben Westen> (GW) haben keine Anführer, und es handelt sich um eine spontane Basisbewegung, die sich gegen die Regierung von Emanuel Macron stellt und seinen Rücktritt fordert.

Es geht den GW auch um die Erhöhung der Löhne, gegen die hohen Wohnungskosten in den Städten, gegen Sparmassnahmen im öffentlichen Verkehr und überhaupt um die grosse Last, die der Mittelstand tragen muss.

Macron hat in seiner kurzen Amtszeit zum Beispiel sagenhafte 9000 Kilometer an Bahnstrecken in Frankreich stillgelegt, was besonders die Landbevölkerung trifft, die vom Auto und Bus abhängig ist, die dann mehr fürs Benzin zahlen müssen.

Auf einen Nenner gebracht, Macron reduziert die öffentlichen Leistungen des Staates für die Bürger, schliesst Schulen, Postämter, Bibliotheken, Schwimmbäder, Spitäler, reduziert den öffentlichen Verkehr, und dafür werden die Steuern drastisch erhöht.

Das generelle Problem mit Macron ist, er kommt aus der Oberschicht und vertritt diese, die abgehobene französische Elite, und er hat keinerlei Verständnis für die Sorgen und Nöte der Normalbürger.

Interessant ist, laut einem Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, unterstützt eine Mehrheit der französischen Polizisten die Forderungen der Gelben Westen, denn sie sind genauso von der Verteuerung der Lebenskosten betroffen wie die Bürger.

So können viele Beamte nicht dort wohnen, wo sie eingesetzt werden, weil die Mieten zu hoch sind und durch die hohe Benzinsteuern wird der längere Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz auch teurer.

Wenn Macron seine Politik nicht drastisch ändert, werden die Massendemonstrationen weitergehen und die Resultate der Europawahl am 23. bis 26. Mai 2019 sehen nicht gut für das französische Establishment aus.

Quelle:<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/12/wahrend-macron-in-argentinien-weilt.html#ixzz5YbDroTyn>

EU-Abgeordneter: „Kritik an Massenmigration wird zu einer Straftat!“

Von Daniel Prinz / Gastautor2. Dezember 2018 Aktualisiert: 2. Dezember 2018 15:38

Es geht um die Aussagen des niederländischen Politikers Marcel de Graaff zum UN-Migrationspakt, wonach jedwede Kritik an der Migrantenflutung strafrechtlich verfolgt werden soll! Bestsellerautor Daniel Prinz unterzieht den UN-Migrationspakt einer erneuten Analyse.

Jetzt haben wir es direkt aus dem Mund eines niederländischen Politikers des EU-Parlaments. Ein Leser machte mich auf einen Beitrag des Blogs „Schall und Rauch“ aufmerksam, bei dem es um die Aussagen des niederländischen Politikers Marcel de Graaff geht.

De Graaff, welcher der niederländischen populistischen Partei „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) nahesteht und im EU-Parlament Vorsitzender der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) ist, machte bei einer ENF-Presskonferenz im Oktober 2018 die Aussage zum UN-Migrationspakt, wonach jedwede Kritik an der Migrantenflutung strafrechtlich verfolgt werden soll! Nachfolgend ausschnittsweise die deutsche Übersetzung seiner betreffenden Aussagen:

„Damen und Herren der Presse, liebe Gäste, es ist nett, Sie hier zu haben an der Presskonferenz. Ich möchte einige Worte über den Globalen Pakt für Migration sagen. Am 10. und 11. Dezember wird es eine Konferenz in Marrakesch über den Migrationspakt geben, und die teilnehmenden Länder haben die Absicht, diese Vereinbarung zu unterzeichnen.“

Obwohl diese gemeinsame Vereinbarung nicht bindend ist, ist sie dafür vorgesehen, einen rechtlichen Rahmen für die Teilnehmerländer zu bieten, um neue Gesetze zu formulieren.“

Eines dieser Basiselemente der neuen Vereinbarung ist die Erweiterung der Definition von Hassrede. Die Vereinbarung will die ‚Migrationsprache‘ kriminalisieren. Kritik an der Migration wird ein Straftatbestand werden.

Und Medienorgane [zeigt dabei auf die Zuhörer im Saal] – **das betrifft auch Euch –, die Raum für Kritik an der Migration bieten, können geschlossen werden.** Der Pakt für Migration ist die Legalisierung der Massenmigration. Er erklärt Migration zu einem Menschenrecht.

Fakt ist, es wird unmöglich werden, Merkels Migranten-Willkommens-Politik zu kritisieren, ohne das Risiko einzugehen, für ‚Hassrede‘ ins Gefängnis zu gehen. (...)

De Graaff führt fort und spricht von einem „Staatsstreich“, der von liberalen Pro-Migranten-Globalisten ausgeführt werde. Länder, die die Dritte Welt importieren, so de Graaff, werden selbst zur Dritten Welt. Es sei bekannt, dass in Dritte-Welt-Ländern „Multinationalisten“ die Regeln diktieren, so de Graaff, und stellt klar, dass der Migrationspakt auch jedwede politische Opposition begraben werde – auch ihre Finanzierung. Die EU-Parlamentswahlen nächstes Jahr könnten nach seinen Schlussfolgerungen demnach manipuliert werden. De Graaff appelliert, dass jedes Land, das gegen die Massenmigration sei, diesen Migrationspakt ablehnen möge. Seine ganze Rede kann hier angehört werden.

Keine Verschwörungstheorie!

De Graaffs Ausführungen sind keineswegs überzogen oder eine „Verschwörungstheorie“. Im UN-Migrationspakt (Dokument hier) sind unter Ziel 17 nämlich nachfolgende Regelungen vorzufinden, nämlich den „Schutz der freien Meinungsäußerung“ achtend:

„Ziel 17: Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration

*Wir verpflichten uns, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit **und damit zusammenhängender Intoleranz** gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen. (...)*

Um diese Verpflichtung zu verwirklichen, werden wir aus den folgenden Maßnahmen schöpfen. Wir werden

1. a) **Rechtsvorschriften erlassen, umsetzen oder aufrechterhalten**, die Hassstraftaten und schwerere Hassstraftaten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, und Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten und andere Gewalttaten, die sich gegen Migranten richten, zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren sowie den Opfern medizinische, rechtliche und psychosoziale Hilfe zu leisten;
1. b) Migranten und Gemeinschaften befähigen, jede Aufstachelung zu Gewalt gegen Migranten anzuzeigen, indem sie über vorhandene Rechtsbehelfsmechanismen informiert werden, und sicherstellen, dass diejenigen, die sich aktiv an der Begehung einer Hassstraftat gegen Migranten beteiligen, im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Rechenschaft gezogen werden, (...)
1. c) unter voller Achtung der Medienfreiheit **eine unabhängige, objektive und hochwertige Berichterstattung durch die Medien, einschließlich Informationen im Internet, fördern, unter anderem durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen und -begriffen**, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung und **durch Einstellung der öffentlichen Finanzierung oder materiellen Unterstützung von Medien**, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern;
1. d) in Partnerschaft mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen Mechanismen schaffen, um die Behördenpraxis der Erstellung von Migrantenprofilen aufgrund der Rasse, der Ethnie oder der Religion sowie **systematische Fälle von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und allen anderen mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung zu verhüten, aufzudecken und zu bekämpfen**, einschließlich durch Beobachtung und Veröffentlichung von Trendanalysen, und einen Zugang zu wirksamen Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen sicherstellen;
1. e) Migranten, insbesondere Migrantinnen, Zugang zu nationalen und regionalen Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen verschaffen, (...)

1. f) **Aufklärungskampagnen fördern**, die an die Gesellschaften in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern gerichtet sind und den Zweck haben, auf der Grundlage von Beweisen und Fakten **die öffentliche Wahrnehmung des positiven Beitrags einer sicheren, geordneten und regulären Migration zu gestalten** und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Stigmatisierung aller Migranten zu beenden;
1. g) **Migranten, Führungsverantwortliche aus Politik, Religion und Gesellschaft sowie Pädagogen und Dienstleister darin einbeziehen, Fälle von Intoleranz, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung von Migranten und Diasporagemeinschaften aufzudecken und zu verhüten** und Aktivitäten in lokalen Gemeinschaften zur Förderung der gegenseitigen Achtung zu unterstützen, einschließlich im Rahmen von Wahlkampagnen.“

Was als „Hassstraftat“, „Rassismus“ und „Intoleranz“ definiert wird, bestimmen natürlich die Politiker und Behörden im Auftrag der Globalistenmafia, die parallel dazu auch bestimmen werden, welche Art der Medienberichterstattung „objektiv“, „hochwertig“ und „unabhängig“ sein wird.

Die neo-marxistische Toleranz- und Gesinnungsdiktatur soll sich durch alle Schichten der Gesellschaft ziehen, bis hinab zu den Kindertagesstätten und Schuleinrichtungen (Pädagogen), welches ebenfalls erneut eine Kultur der politischen Denunzierung hervorbringen wird, wie wir sie aus der DDR- oder Nazi-Ära kennen. Und nein, ich übertreibe hier keineswegs. Dass Pädagogen jetzt schon einbezogen werden, zeigte der jüngste Fall einer Beratungsbroschüre der **Amadeu Antonio Stiftung** in Zusammenarbeit mit dem Familienministerium der Bundesregierung, die die Überschrift „Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“ trägt.

Diese Broschüre soll Erzieherinnen in Kindergärten dabei helfen, „rassistisches und fremdenfeindliches Gedankengut“ bei Kindern zu erkennen. Woran man „Kinder aus völkischen Elternhäusern“ erkennen könne, steht auf Seite 12 dieser sagenhaften Broschüre: „*Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert und gedrillt. Beide kommen häufig am Morgen in die Einrichtung, nachdem sie bereits einen 1,5-km-Lauf absolviert haben. (...)*“ Solch hanebüchener Schwachsinn kann redlich nur von im Vollwaschgang auf links gewaschenen Individuen kommen.

Die Gründerin der *gemeinnützigen* Amadeu Antonio Stiftung ist Anetta Kahane, Tochter kommunistischer Eltern, die in der DDR für die STASI als Spitzel arbeitete. Sie horchte im privaten Rahmen Bekannte bei Hochzeiten, Faschingsfeiern, Konzerten oder bei einem Stadtbummel aus, wie es in einem Welt.de-Artikel heißt. Quelle: <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/eu-abgeordneter-kritik-an-massenmigration-wird-zu-einer-straftat-a2726623.html>

Forscher finden erstmals Mikroplastik im Stuhl von Menschen

Julia Bonengel. autoimmunportal.de. Mi, 24 Okt 2018 15:29 UTC

Schon lange ist bekannt, dass Mikroplastik ein großes Problem für die Umwelt darstellt. Die unlöslichen synthetischen Kunststoffe, die kleiner als fünf Millimeter sind, wurden schon in Fischen, Muschel und anderen Lebewesen entdeckt. Wie weitreichend das Ausmaß tatsächlich ist, zeigt jetzt eine Pilotstudie aus Österreich. Die Forscher fanden die Kunststoffpartikel im Stuhl aller Teilnehmer.

Mikroplastik im Stuhl von Menschen erstmalig nachgewiesen

Acht Teilnehmer im Alter von 33 bis 65 Jahren, die alle auf verschiedenen Kontinenten leben, nahmen an der Studie der Medizinischen Universität Wien teil. Alle führten eine Woche lang ein Ernährungstagebuch und gaben danach Stuhlproben ab. Niemand ernährte sich rein vegetarisch, die meisten aßen auch Fisch und Meeresfrüchte. Alle Teilnehmer verspeisten Lebensmittel, die in Plastik verpackt waren, oder tranken Getränke aus Plastikflaschen.

Mikroplastik wurde in den Stuhlproben aller acht Teilnehmer gefunden.

"In unserem Labor konnten wir neun verschiedene Kunststoffarten in der Größe von 50 bis 500 Mikrometer nachweisen", erklärte Bettina Liebmann, Expertin für Mikroplastik-Analysen im Umweltbundesamt. Am häufigsten waren Polypropylen (PP) und Polyethylenterephthalat (PET) in den Stuhlproben. Die Auswirkungen der Kunststoffpartikel auf den menschlichen Organismus sind noch weitgehend unbekannt. Laut dem Erstautor Philipp Schwabl müssen das groß angelegte Studien erforschen.

"Obwohl es erste Anzeichen gibt, dass Mikroplastik durch die Begünstigung von Entzündungsreaktionen oder Aufnahme schädigender Begleitstoffe den Magendarmtrakt schädigen kann, sind jedenfalls weitere Studien notwendig, um potenzielle Gefahren von Mikroplastik für den Menschen abzuschätzen.", so

der Forscher. Bei Tierstudien wurden die höchsten Mikroplastikkonzentrationen im Magendarmtrakt gefunden. Aber auch in Blut, Lymphe und Leber befanden sich kleinere Mengen.

Mikroplastik wird häufig in Kosmetikprodukten verwendet oder entsteht durch Zerfall größerer Kunststoffteile durch die Einwirkung von Sonne, Wind und Wellen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33150-Forscher-finden-erstmal-Mikroplastik-im-Stuhl-von-Menschen>

Bevölkerungsexplosion, Migration und mögliche Implosion

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 10. Dezember 2018 VON GASTAUTOR ALBRECHT KÜNSTLE

Warum spielt der Geburtenüberschuss bei den Migrations-Ursachen keine Rolle?

Wie lange geht es gut, wenn aus bevölkerungsschwachen Ländern in bevölkerungsreiche Länder ausgewandert wird?

Der UN-Migrationspakt vom Dezember 2018 geht mit keinem Wort auf die ansonsten immer wieder bemühte Bekämpfung der Fluchtursachen ein. Auch synonyme Begriffe wie Fluchtgründe sucht man vergeblich. Eigentlich konsequent, weil Migration überhaupt im Migrationspakt als „Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung“ gepriesen wird. Deshalb ist man geneigt, der UN die Strategie zu unterstellen, je mehr Bevölkerungsüberschuss im Süden, desto mehr Migration und schließlich Wohlstand für alle auf der Welt.

Doch so einfach wie die Ideologen der UN darf man es sich nicht machen. Schauen wir uns einmal den Globus in Zahlen an: Die Länder südlich des Äquators sind eigentlich keine klassische Auswanderungsländer. Es sind die Länder nördlich des Äquators bis zum 40. Grad nördlicher Breite, in Amerika bis zum 30. Breitengrad. Zuerst einmal zu Vorder- und Mittelasien:

Afghanistan: Trotz der rasanten Bevölkerungszunahme von 2,5 Prozent im Jahr – in der gleichen Zeit wie die Taliban unschädlich gemacht werden, wachsen doppelt so viel nach – beträgt die Bevölkerungsdichte nur 52 Einw./km².

Irak: Die Bevölkerung wächst um 2,1 Prozent im Jahr, die Bevölkerungsdichte beträgt trotzdem nur 67 Einw./km². Jedoch beträgt die Geburtenrate 33 Prozent und trotz Anschlägen die Sterberate nur 5 Prozent.

Syrien: Die Bevölkerungsdichte beträgt 113 Einw./km² – immerhin halb so viel wie bei uns – nachdem die Einwohnerzahl vorübergehend um 2 Mio. zurückging. Jedoch beträgt der Geburtenüberschuss gegenüber den Sterbefällen das Vierfache.

Libanon: Ist das einzige vorderasiatische Land mit einer sehr hohen Bevölkerungsdichte von 580 Einw./km². Die Geburtenrate übersteigt die Sterberate „nur“ etwas mehr als der Faktor drei, weshalb die Bevölkerungszunahme moderate 0,8 Prozent beträgt. Allerdings auf hohem Niveau.

Jordanien: Hier gibt es tatsächlich eine Bevölkerungsexplosion. Es werden 7-mal so viele geboren, wie Menschen sterben. Das ist nicht überraschend für ein muslimisches Land, in das geburtenfreudige Muslime fliehen.

Gazastreifen: Trotz zeitweiser Kriegesopfer ist die Geburtenrate 9x so hoch wie die Sterberate. Deshalb verwundern die rund 5000 (!) Einw./km² nicht. Diese Bevölkerungsexplosion ist ein Pulverfass.

Israel: Das von Ländern mit hohem Geburtenüberschuss umgebene Land hat wegen der vielen Muslime und orthodoxen Juden ebenfalls einen vierfachen Geburtenüberschuss und bringt es zusammen mit der Zuwanderung auf 395 Einw./km². Trotzdem ist es diesem Land gelungen, allen Menschen einen guten Lebensstandard zu bieten. Warum klappt das nicht auch in den Nachbarländern?

Türkei: Obwohl die Geburtenrate rund dreimal so hoch ist wie die Sterberate, beträgt die Bevölkerungsdichte nur 105 Einw./km². Erdogans Geburten-Dschihad (5 Kinder statt 3) soll scheinbar nur bei uns stattfinden.

Nordafrika: Auch hier ist die Bevölkerungsdichte gering, am höchsten in Ägypten mit 100 Einw./km². Nordafrika besteht aber nicht nur aus Wüste. Das Problem ist das Bevölkerungswachstum; die Geburtenrate liegt um bis das Fünffache über der Sterberate. Das bewirkt wie in den muslimischen Länder in Asien ebenfalls eine Bevölkerungsexplosion. Jedoch zeigt das Beispiel Israel, dass es möglich ist, wüstes Ödland und sogar Sümpfe urbar zu machen und mehr als viermal so viele Einwohner pro km² zu ernähren und eine Heimat zu bieten.

Die hohen Geburtenüberschüsse als Migrationsgrund spielen aber beim Migrationspakt überhaupt keine Rolle. Auch sonst ist das für die UNO scheinbar kein Thema. Eine Erklärung könnte sein, dass die 57 muslimischen Länder in der UN ihren Geburten-Dschihad nicht zum Thema machen und die nichtmuslimischen Länder sich nicht trauen, das zu thematisieren. Aber China hat eindrucksvoll gezeigt, dass eine bestandserhaltende Bevölkerungspolitik ein Leben ohne Hunger und Armut ermöglicht. Auch Papst Franziskus hatte einen hellen Moment, als er auf dem Rückflug von den Philippinen laut dachte, dass es ein Problem sei, wenn sich Völker „wie die Karnickel vermehren“.

So droht nun mit dem Migrationspakt eine neue Völkerwanderung, ausgelöst von fast ausschließlich muslimischen Ländern, die nichts auf die Reihe bekommen außer das Kinderkriegen. Diese Kinder machen sich auf den Weg nach Europa, vor allem nach Deutschland, in einen Erdteil, der viel dichter besiedelt ist als ihre Herkunftsländer.

Die Folgen: In Europa wird es zunehmend eng, alleine in Deutschland stieg die Bevölkerung in fünf Jahren um zwei Mio. Einwohner. Die Bevölkerungsdichte erhöhte sich auf über 230 Einw./km². Diese brauchen Wohnungen und haben Konsumbedarf wie die Einheimischen. Das erhöht das Bruttoinlandsprodukt BIP zusätzlich, mit all seinen Nebenwirkungen. Die öffentlichen Verkehrsmittel reichen nicht mehr aus, der Ausbau braucht zu lange. Die Straßen sind zunehmend verstopft, die vielen eingewanderten Absolventen der Fahrschulen kaufen jetzt Autos. Diese sind billig zu haben, weil Einheimische auf größere Karossen umsteigen und ihre alten Dieselfahrzeuge unter Wert veräußern müssen.

Das Klimaziel von 40 Prozent Einsparung kann nicht mehr erreicht werden, sondern nur noch 32 Prozent. Als Gründe werden angegeben: die Zuwanderung, das damit verbundene Wirtschaftswachstum und die Zunahme des Straßenverkehrs. Seit 2014 gab es 13,5 Mio. neu zugelassene PKWs. Der Bestand erhöhte sich seit 2015 um zwei Mio. auf nun 46,5 Mio. PKW. Auf das Klima wirkt sich das Auto doppelt aus, sowohl wegen der Produktion als auch dem zunehmenden Verkehr. Trotz geringerem Kraftstoffverbrauch je 100 km steigt der Gesamtverbrauch wieder. Die Schadstoffbelastung in den Städten steigt, es stehen Fahrverbote im Raum. Wer jetzt meint, alles habe nichts mit der Massenzuwanderung zu tun, der möge öfter einen Blick in die Autos werfen, wer da am Steuer sitzt.

Breitengrad überschreitende Völkerwanderung: Menschenbewegungen von Ost nach West oder umgekehrt sind insofern kein größeres Problem, weil die Fläche zwischen den Längengraden und damit der Platz für die Menschen identisch ist. Anders vom Süden in den Norden. Denn die Erdoberfläche zwischen dem 30. und 60. Breitengrad beträgt nur 75 Prozent der entsprechenden Fläche vom Äquator bis zum 30. Breitengrad. Wer das für blanke Theorie abtut, lege einmal Europa über Nordafrika, das Mitarbeiter dann fast suchen muss. Selbst die gleiche Menge der Migranten muss in Europa näher zusammenrücken als in den Herkunftsländern – nicht nur in den Heimen der ersten Monate.

Wirtschaftseffekte: Die bereits eingewanderten Migranten verbrauchen den größeren Teil der Kaufkraft aufgrund der Einkommensübertragungen des Staates hier in Deutschland. Auch wenn man damit nicht reich wird, so leben diese doch in „sehr gesicherter Armut“. Ökonomen wissen, dass je geringer das Einkommen, desto mehr geben diese unmittelbar wieder aus. So gesehen muss man einfach einräumen, die 416 EUR Hartz IV für Migranten werden schneller nachfrage- und wirtschaftlich wirksam, als gäbe man dieses Geld jemanden zusätzlich, der 1000 EUR Einkünfte hat.

Auslandsüberweisungen: Aber unser Asyl-Hartz IV gewährt auch der Ehefrau 374 EUR und inoffiziellen Zweitfrauen von Muslimen im gleichen Haushalt 332 EUR. Macht zusammen 1122 EUR. Und davon lassen sich durchaus 300 EUR oder mehr im Monat nach Hause überweisen. Das ist mit dem Migrationspakt so gewollt, weshalb die Überweisungskosten gesenkt werden. Leider ist es aber so, dass dieses Geld nicht den Herkunftsländern zur Verbesserung der Infrastruktur zukommt, sondern den zurückgebliebenen Familien privat. Erst, wenn dieses Geld dort ausgegeben wird und Konsumsteuern anfallen (?), haben auch die Staaten etwas davon.

Die Schattenseite: Zum einen kommt dort genug Geld zusammen, um den Rest der Familie nachzuholen. Mit dem Migrationspakt wird die Familienzusammenführung ausdrücklich erleichtert (Ziel 5, Punkt 21 i i.V.m. Ziel 7, Punkt 23 f)). Oder aber die Zuflüsse aus Auslandsüberweisungen gehen in das BIP ein und erhöhen damit die Kreditwürdigkeit korrupter Staaten. Diesen wird dann mit höheren Beträgen unter die Arme gegriffen, und irgendwann ist dann wieder ein Schuldenschnitt fällig – zum Nachteil von uns als Kreditgeber.

So schließt sich der Kreis: Die Nachrichten von den schlimmen Verhältnissen in jenen Ländern gehen um die Welt, und wiederum wird eine neue Runde Mitleid dazu führen, die Migration weiter anzukurbeln. So wird die Migration zu einem Perpetuum mobile, mit dem es den Herkunftsländern mit ihrer Bevölkerungsexplosion nicht besser geht, aber wir in das gleiche Fahrwasser geraten. Die Erfahrung zeigt zwar, dass die Kinderzahl der zugewanderten Familien mit jeder zweiten Generation um ein Kind abnimmt. Bis aber eine ökologisch verträgliche Kinderzahl im dicht besiedelten Europa/Deutschland erreicht ist, kann das zu einer ökologischen und/oder sozialen Implosion führen. Die „Gelbwesten“ Frankreichs zeigen gerade, wie ein solches Szenario bei uns aussehen könnte. Haben Sie einmal unter die vielen Kapuzen geschaut?

Fazit: Der Migrationspakt ohne die Lösung des rasanten Bevölkerungswachstums vor allem der muslimischen Länder ist mehr als fahrlässig. Und wer meint, es werde alles nicht so heiß gegessen wie gekocht, Ziffer 15 c der Präambel sei ein Freibrief für die Unterzeichnerstaaten, der irrt gewaltig. Spielraum bietet dieser nur in Übereinstimmung „des Völkerrechts“, zu dem auch dieser Pakt gehören wird. Ein Pakt, der 86 mal den Begriff von „verpflichten uns“ und „Verpflichtung“ nennt, ist für die Unterzeichner verbindlich. Berlin hat dann noch das Recht zu regeln, ob es die Migranten mit dem Zug oder mit Taxis in die Aufnahmezentren bringt.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/12/10/bevoelkerungsexplosion-migration-und-moegliche-implosion/>

War die EU-Armee in Paris bereits im Einsatz?

Montag, 10. Dezember 2018 , von Freeman um 06:00

Es waren gepanzerte Fahrzeuge mit der EU-Flagge drauf, die am Samstag gegen die Gelben Westen eingesetzt wurden und die Barrikaden plattgewalzt haben. Anstatt die französische Tricolore-Flagge zu tragen, trugen die Fahrzeuge die EU-Flagge, was für mich ein Zeichen ist, die EU-Armee gibt es bereits und geht gegen die demonstrierenden EU-Bürger vor.



Was hat die Flagge der Europäischen Union auf einem französischen Polizeifahrzeug zu suchen, ausser es soll eines der EU identifizieren???

Sind das bereits getarnte Militärfahrzeuge der EU-Armee zur Massenkontrolle? Sie hatten sonst KEIN französisches Hoheitszeichen drauf!

Zur Erinnerung: Die EU-Verfassung, die als Vertrag von Lissabon getarnt und gefälscht wurde, sieht den Einsatz von Sicherheitskräften aus den EU-Mitgliedsländern zur Aufstandsbekämpfung vor, und diese "dürfen" tödliche Schüsse abgeben oder verklausuliert: Das Töten von Aufständischen, Demonstrierenden, Protestierenden, Streikenden ist möglich.

Die Vorstellung von einer EU-Armee ist nicht neu – da sowohl Emmanuel Macron als auch Angela Merkel die Idee geäußert und die Schaffung gefordert haben.

Im November sagte Merkel: "Die Tage, an denen wir uns bedingungslos auf andere verlassen können, sind vorbei", und fügte hinzu: "Wir sollten an einer Vision arbeiten, um eines Tages eine echte europäische Armee zu schaffen."

Anfang November erklärte Macron gegenüber dem französischen Radio Europe 1, dass die Europäer nicht ohne eine "echte europäische Armee" geschützt werden können.

Waren die mit einer EU-Flagge abgebildeten Fahrzeuge für die Aufstandsbekämpfung das erste Zeichen einer in Frankreich operierenden EU-Armee, oder gibt es eine andere Erklärung für die Sichtung?

Also ich habe noch nie die Flagge der EU auf einem Polizeifahrzeug in einem EU-Land gesehen, denn die Polizeikräfte sind immer regional oder national organisiert.

"Jetzt haben wir einsatzbereite gepanzerte Fahrzeuge mit der EU-Flagge, die gegen unbewaffnete europäische Demonstranten eingesetzt werden, die gegen ein pro-autoritäres Regime der EU demonstrieren.

Denkt Ihr immer noch, dass die EU ein 'Projekt für den Frieden' ist?"

Meine Antwort: "Ja doch, für einen Frieden wie auf einem Friedhof!"

Ihr EU-Bürger habt es so gewollt, denn ihr habt nichts dagegen unternommen, nachdem man euren demokratischen Willen des "Nein" bei den Referenden zur EU-Verfassung ignoriert und ausgetrickst hat, wie in Frankreich, Niederlande und Irland, oder euch gar nicht erst abstimmen hat lassen, wie in Deutschland und Österreich.

Überhaupt hat kein Volk eines EU-Mitgliedslandes durch einen Volksentscheid ein Ja zum Lissabon-Vertrag gesagt, der getarnten EU-Verfassung.

Stattdessen schlossen im Dezember 2007 die europäischen Staats- und Regierungschefs unter portugiesischer Ratspräsidentschaft den Vertrag von Lissabon ab, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat.

Von wegen, die EU sei demokratisch ... ist die grösste Lüge.

EUDSSR – Europäische Union der Sozialistischen Sowjet Republiken – die Neoliberalen, Globalisten und Linksfaschisten sind im Auftrag der Finanzkriminellen am Ruder.

Der Bilderberger Macron ist eine Rothschild-Puppe, denn er hat vorher für die Rothschild Bank gearbeitet. Was er macht, dient nur dem Geldadel.

Ihr werdet sehen, die Deutsche Bank wird nicht pleitegehen, sondern Ihr Steuerzahler werdet sie wieder retten müssen.

Die Commerzbank wurde bereits vom Steuerzahler gerettet, denn der Staat ist der grösste Aktionär.

Laut Finanzminister und Bilderberger Olav Scholz soll die Deutsche und die Commerz fusionieren und dann der Staat die meisten Aktien halten.

Durch die immer höheren Steuern nimmt man Euch das Geld weg, um es den Bankstern zu geben.

Die Gilets Jaunes haben das kapiert und gehen deshalb auf die Strassen.

UPDATE: Habe nach einiger Recherche herausgefunden, es handelt sich um Fahrzeuge der "Groupement blindé de gendarmerie mobile" oder "Gepanzerte mobile Gendarmeriegruppe", einer militärischen Einheit Frankreichs, die in Kriegsgebieten zum Einsatz kommt, wie bereits in den Kriegen im Kosovo, in Afghanistan oder der Zentralafrikanischen Republik.

Die offizielle Aufgabe dieser Truppe lautet, nach Militäreinsätzen im Ausland die Ordnung wiederherstellen und halten. Die EU-Flagge ist für diese Auslandseinsätze auf den Fahrzeugen drauf.

Es handelt sich also um KEINE interne Polizeitruppe, sondern könnte tatsächlich die Vorstufe der für Europa vorgesehene EU-Armee sein.

Statt ausserhalb der EU wurden die Panzerfahrzeuge jedenfalls am Samstag intern in Frankreich gegen die Gelben Westen eingesetzt.

Quelle:

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/12/war-die-eu-armee-in-paris-bereits-im.html#ixzz5ZMAxwgYa>

Merkel allein in Marrakesch

Von Collin McMahon / Gastautor10. Dezember 2018 Aktualisiert: 10. Dezember 2018 19:31

Angela Merkel ist demonstrativ nach Marrakesch geflogen, um den Global Compact for Migration zu unterzeichnen. Die Noch-Kanzlerin von Deutschland verfolgt damit stur ihre Linie, die illegale Migration mit Hilfe von internationalen Verträgen zu legalisieren.

Obwohl neben den USA auch fast alle wichtigen europäischen Länder aus dem Pakt ausgestiegen sind, erklärte Merkel in Marrakesch, die Ablehnung des Paktes basiere auf „Ängsten“, die von den Gegner des Paktes „benutzt“ werden, „um Falschmeldungen in Umlauf zu bringen.“ Außenpolitisch treibt damit die Regierung Merkel Deutschland noch weiter in die Isolation. Innenpolitisch führt sie an der Migrationsfront Rückzugsgefechte.

So hat die Bundesregierung Anfragen der AfD zum Migrationspakt weitestgehend abgewimmelt, ohne auf die darin enthaltene inhaltliche Kritik der Bevölkerung einzugehen. Gleichzeitig besteht sie aber paradoxerweise darauf, alles gehe völlig demokratisch zu und alle würden umfassend informiert.

Der Abgeordnete Stefan Keuter hat mit der AfD-Fraktion die Anfrage 19/6050 gestellt, mit 21 Fragen, die auch dem Bürger auf dem Herzen brennen, so wie „Mit wie vielen Migranten rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2019?“ oder „Wird die Bundesregierung Regelungen schaffen, die eine schnelle Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten vorsieht?“ Die arrogant-abfälligen Antworten lauten dann „Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen“ oder „Die Fragen 14 bis 18 werden gemeinsam beantwortet“, auch wenn Fragen 14 bis 18 völlig unterschiedliche Themen behandeln.

Dabei durchzieht die Antwort der Bundesregierung der Widerspruch, dass eine Vereinbarung nicht-bindend sein soll. Am Traualtar oder bei einem Hauskauf sind Vereinbarungen nur sinnvoll, wenn sie irgendeine bindende Wirkung haben.

„Der Globale Pakt stellt ausdrücklich einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen dar“, heisst es in der Antwort der Bundesregierung, er soll aber „regelbasierte internationale Zusammenarbeit und Ordnung in Migrationsfragen stärken“. Was denn jetzt? Hat er nun regelbasierte Konsequenzen oder nicht?

Jetzt noch schnell 100 € Bonus¹ zum kostenlosen Girokonto¹ kassieren. Ohne Mindestgeldeingang! In nur 7 Minuten online das Konto eröffnen und zur Commerzbank wechseln – papierlos und komfortabel!

Eine Einzelanfrage der AfD zu diesem Thema konnte Staatssekretär Walter Lindner nur mit Ausflüchten beantworten: „Worin besteht nach Ansicht der Bundesregierung der Unterschied zwischen einem „politisch verpflichtenden“ und einem „rechtlich bindenden“ Abkommen?“, hieß es in der Anfrage von MdB Petr Bystron.

Der Migrationspakt sei eine „politische Absichtserklärung“ und damit „nicht rechtsverbindlich“, antwortete Lindner und verdrehte die Frage. Denn im Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der BRD und der UNO 2016 – 2017 werden Migrationspakt und Flüchtlingspakt ausdrücklich als „politisch bindend“ bezeichnet. Eine „Absichtserklärung“ ist etwas anderes als eine „Bindung“.

Fast schon Hohn spricht, dass die Bundesregierung bei aller Vertuschung und Verweigerung darauf besteht, völlig transparent gewesen zu sein: „Die Bundesregierung hat in jeder Phase des Erarbeitungsprozesses zum Globalen Pakt ihre Position für die Öffentlichkeit frei zugänglich und transparent gemacht.“ Es wird auf eine UNO-Webseite verwiesen, die sicher nicht regelmäßig von Bürgern aufgesucht wird. Wenn die Bundesregierung wirklich für etwas Werbung machen will, nimmt sie schon mal 100 Millionen Euro in die Hand, um Migrant-NGOs und Lobbyarbeit zu finanzieren.

Wurde nach Bekanntwerden des Migrationspakts von Regierungsseite oft bedauert, nicht genug Aufklärungsarbeit betrieben und das Thema somit „Populisten“ überlassen zu haben, sieht die Antwort der Bundesregierung hier plötzlich kein Problem mehr. Auf die Frage „Wer ist nach Meinung der Bundesregierung dafür verantwortlich, dass auch die Presse- und Medienhäuser nicht über diesen Pakt öffentlich berichtet haben?“ lautet die Antwort: „Die Bundesregierung teilt die in der Fragestellung zum Ausdruck kommende Aussage nicht. In den deutschen Medien wurde über den Globalen Pakt berichtet.“

Wer sich im Vorfeld umfassend und ausreichend über den Migrationspakt informiert fühlte, möge die Hand heben.

Erst die Recherchen von MdB Petr Bystron und Welt-Herausgeber Stefan Aust enthüllten überhaupt die Führungsrolle der deutschen Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Migrationspaktes – kurz vor der Unterzeichnung. Laut ntv sprach ein hochrangiger EU-Diplomat im Zusammenhang mit dem Migrationspakt von „deutscher Geheimdiplomatie“. Als am 28.30.6. 2017, mitten während des Bundestagswahlkampfes, trafen sich 650 Teilnehmer im Auswärtigen Amt in Berlin, um den GCM auszuhandeln, wurde es in den Medien kaum thematisiert, geschweige denn zum Wahlkampfthema.

Der Tagesspiegel beklagte am 12.11.2018, „Das Auswärtige Amt verweigert eine Auskunft zu den Verhandlungen für den UN-Migrationspakt. Es gibt Kritik an <vertraulicher> Informationspraxis:“

Die Bundesregierung will die von ihr eingegangenen Kompromisse beim umstrittenen UN-Migrationspakt nicht offenlegen. Auch zu ihren ursprünglichen Verhandlungspositionen verweigert sie Auskünfte. Auf eine Anfrage des Tagesspiegels zum Zustandekommen der im finalen Entwurf des Abkommens enthaltenen Aussagen teilte das Auswärtige Amt (AA) lediglich mit: „Zahlreiche Elemente, die im deutschen Interesse sind, konnten dabei umgesetzt werden, dafür gab es an anderer Stelle Zugeständnisse.“

Es sind also nicht nur die AfD-Anfragen, zu denen die Bundesregierung Auskünfte verweigert, wie der Tagesspiegel feststellen musste.

Eine Gefahr der Zensur durch „Beseitigung aller Formen von Diskriminierung“ wie durch den Migrationspakt gefordert, kann die Bundesregierung nicht erkennen: „Der Globale Pakt greift nicht in die in Deutschland geltende Rechtsordnung ein. In ihm bekennen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu, jedwede Diskriminierung zu bekämpfen,“ lautet es in der Antwort auf die Anfrage 19/6050.

Was „jedwede Diskriminierung“ bedeutet – die Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern zum Beispiel, legal und illegal, tot oder lebendig, meins oder deins – wird nicht erklärt.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/merkel-allein-in-marrakesch-a2735540.html>

Willy Wimmer (CDU): „Frau Kramp-Karrenbauer ist Verbrauchsmaterial“

© REUTERS / Kai Pfaffenbach. 14:06 10.12.2018(aktualisiert 15:38 10.12.2018) Zum Kurzlink

Armin Siebert

Annegret Kramp-Karrenbauer ist neue CDU-Vorsitzende, Paul Ziemiak, der Chef der Jungen Union, wird ihr Generalsekretär. Ist damit die Volkspartei CDU gerettet? CDU-Urgestein und Staatssekretär a.D. Willy Wimmer hat Zweifel und sieht keinen wirklichen Neubeginn. Sein Favorit wäre weder Spahn noch Merz, noch AKK, sondern ein Ministerpräsident.

Frage: „Herr Wimmer, sind Sie zufrieden mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur CDU-Vorsitzenden?“

„Ich glaube, die CDU stemmt sich gegen eine Entwicklung, die sie einholen wird. Es ist ein verzweifelt Bemühen, den Folgen der Fehler von Angela Merkel zu entkommen. Die neue Vorsitzende gilt ja als verlängerter Arm der Kanzlerin. Wenn die Hälfte einer Partei sagt, wir wollen neuen, frischen Wind haben, und wählt dann doch eine politische Rückenlehne für Angela Merkel, dann kann etwas nicht stimmen mit dieser Partei. Sie wird sich zerlegen über das Wahlergebnis.“

Frage: „Wer wäre Ihr Favorit gewesen?“

„Einen Favoriten konnte es für mich nicht geben. Aber von den Vorstellungen, die die Kandidaten auf dem Parteitag geliefert haben, muss ich sagen, wer den Wechsel hätte haben wollen, wäre an Jens Spahn nicht vorbeigekommen. Das wäre zumindest der klarste Bruch mit der Vergangenheit gewesen.“

Was sind denn die Aufgaben, die die CDU angehen muss?“

Frage: „Was für ein Theater – Hinter den Kulissen des CDU-Parteitags“

„Die CDU muss sich mit der Wirklichkeit in unserem Land auseinandersetzen. Und damit wird die Partei nicht fertig. Die Spaltung ist zu groß. Die Bundeskanzlerin hat das westliche Bündnis nach der Wahl von Donald Trump gespalten. Und sie hat Europa gespalten mit ihrer Migrationsentscheidung und damit, dass sie heute in Marrakesch den Migrationspakt unterzeichnet, gegen den die Hälfte Europas steht. Und sie hat die Partei gespalten, was wir an dem Wahlergebnis in Hamburg sehen. Und last, but not least, hat sie das Land dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung erneut in Ost und West gespalten.“

Frage: „Angela Merkel hat den Parteivorsitz immer mit dem Kanzleramt verbunden. Dann müsste Sie doch eigentlich jetzt Annegret Kramp-Karrenbauer Platz machen, oder?“

„Das ist nicht die strategische Anlage der neuen Parteivorsitzenden. Sie wird ihre Rolle zugunsten von Frau Merkel spielen und damit scheitern. Was wir derzeit erleben, ruft eigentlich nach jemandem, der die Partei aus dieser Situation erlöst. Das kann im Moment eigentlich nur ein gestandener Ministerpräsident wie Armin Laschet, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, sein. Die Parteivorsitzende, die in Hamburg gewählt wurde – das sage ich bei allem Respekt für Frau Kramp-Karrenbauer – ist Verbrauchsmaterial.“

Frage: „Wird Friedrich Merz jetzt wieder in der politischen Versenkung verschwinden?“

„Er steht ja für die andere CDU, die gewollt wurde. Jetzt ist die Frage, ob er nach hinten durchgereicht wird, ähnlich wie es Martin Schulz in der SPD erging, oder ob er in einem Amt wiederauftaucht.“

Frage: „Als Kompromiss wurde der Chef der Jungen Union, Paul Ziemiak, zum Generalsekretär gewählt. Wird er sich mit AKK vertragen?“

„Die Spekulationen, wie er zu diesem Amt gekommen ist, sind ja schon überbordend. Wenn man die Regionalkonferenzen und auch den Parteitag in Hamburg nüchtern Revue passieren lässt, dann hätte Jens Spahn Generalsekretär werden müssen.“

Frage: „Werden Frau Merkel und die GroKo bis 2021 durchhalten?“

„Ich gehe nicht davon aus. Die notwendige politische Diskussion, die der Deutsche Bundestag der Nation verweigert, und die Entwicklung innerhalb der CDU haben ja dazu geführt, dass man die politischen Kräfte, die in dieses Defizit reingehen, wie die AfD, mit den Mitteln des Staates – siehe Verfassungsschutz – unter Kuratel stellen will. Das geht in diesem Land nicht gut.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20181210323235707-karrenbauer-cdu-wahl/>

Bundesregierung verweigert Auskunft zu ihren Verhandlungspositionen beim Migrationspakt

Von. PP-Redaktion 12. Dezember 2018

Am 26.11.2018 verlangte der saarländische AfD-Bundestagsabgeordnete Dr. Christian Wirth in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung Auskunft darüber, zu welchen Punkten des Global Compacts for Migration die Bundesregierung ursprünglich eine andere Verhandlungsposition eingenommen hatte und aus welchen Gründen sie dennoch jeweils zustimmte. In 22 Einzelfragen wurde dies für entscheidende Teile des Vertrages erfragt. Ein Kommentar von Wirth zu der erhaltenen Antwort

Die Bundesregierung verweigerte eine klare Antwort und antwortete nur zusammenfassend, dass sich die Entwicklung des Migrationspaktes ja aus dem Unterschied zwischen Erstfassung (Februar 2018) und Finalfassung (Juli 2018) ergebe.

Weiterhin habe sich die Bundesregierung ‚gemeinsam mit den Partnerländern der Europäischen Union, aktiv in den Verhandlungsprozess eingebracht‘ und einen Konsentext erarbeitet. Auch hier wird keine Antwort auf die eigentliche Frage gegeben und die ursprünglichen deutschen Verhandlungspositionen werden wieder nicht offengelegt.

Abgesehen von diesen offensichtlich ablenkenden Antworten, speiste man uns mit Sätzen ab, wie: ‚Multilaterale Verhandlungen sind generell ein dynamischer Prozess, der von zahlreichen Verhandlungsrunden

geprägt ist.' Oder ,Insgesamt ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Globale Pakt [...] ein substanzreicher Text ist, der im Interesse Deutschlands liegt. [...] Sie sieht ihre Kerninteressen im bestehenden finalen Textentwurf vollumfänglich enthalten.'

Die Bundesregierung zeigt hier erneut ihre Geringschätzung gegenüber dem Volk und dem Bundestag, wenn sie nicht einmal gewählten Volksvertretern einfachste Auskunft geben kann. Auf Grund des letzten zitierten Satzes müssen wir davon ausgehen, dass die Bundesregierung bestenfalls von vorneherein jeden Punkt des Migrationspaktes ‚vollumfänglich‘ unterstützte und gegen jeden Einwand verteidigte.

Da dieser Pakt einige ausserordentlich bedenkliche Passagen beinhaltet (zum Beispiel zur Pressezensur), wäre dies ein überraschendes Geständnis der Bundesregierung. Die Weigerung klare Antworten zu geben zeigt, dass die Bundesregierung wieder einmal bewusst jede Diskussion über den Migrationspakt verhindern will.

Quelle:

<https://philosophia-perennis.com/2018/12/12/bundesregierung-verweigert-auskunft-zu-ihren-verhandlungspositionen-beim-migrationspakt/>

Etwas Grosses tun
Wenn der Mensch
etwas Grosses im
Leben leisten will,
Dann muss er seinen
Mut fassen, um sich
erst selbst zu ver-
wirklichen.

SSSC, 15. Januar 2011

14.16 h, Billy

IMPRESSUM

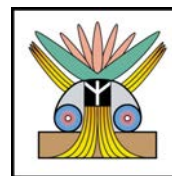
FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
 Telephone +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
 Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
 IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2019
 Einige Rechte vorbehalten.
 Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
 Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz